

Dezember 2014

BERICHT VOM PRÄSIDENT

Sehr geehrte Mitglieder,

hinter uns liegt eine sehr arbeitsintensive Zeit, wozu die jährliche Studienreise in das Kosovo, das Kolloquium des Europäischen Vereins und ein Besuch ehemaliger und derzeitiger italienischer Parlamentarier in Rom gehören.

Die Studienreise in das Kosovo fand vom 11.–19. Oktober statt. Das Land befindet sich noch in der Entwicklung hin zu einem modernen Staat; die Beilegung der derzeitigen politischen Krise ist von ausschlaggebender Bedeutung. Seit der Wahl reiben sich konkurrierende Parteien in einem Machtkampf auf: Dem Parlament ist es nicht gelungen, einen Präsidenten zu wählen, sodass auch keine neue Regierung gewählt werden konnte. Eine starke Regierung mit einem klaren Mandat ist entscheidend, wenn das Land wichtige Probleme in Angriff nehmen soll, beispielsweise die bei etwa 40 % liegende Arbeitslosenquote und die Korruption.

Im Verlauf des Besuchs wurde unsere Delegation von Samuel Žbogar, Leiter des Büros der Europäischen Union im Kosovo, und von Vertretern der wichtigsten Parteien, der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission (EULEX), der Kosovo-Truppe (KFOR) und nichtstaatlicher Organisationen sowie von Journalisten und Hochschulstudenten empfangen.

Dieses Bulletin enthält Beiträge von Teilnehmern der Studienreise, die ihre Eindrücke von der allgemeinen Lage im Kosovo, dem Prozess der Visaliberalisierung, der Korruption, der Religion, der Energie, der Geschichte und Zukunft des Landes, seiner Wirtschaft und seinem kulturellen Leben vermitteln. Zusätzlich zu den Beiträgen unserer Mitglieder gingen bei uns auch Artikel ein, die von den Personen verfasst wurden, von denen wir im Kosovo so herzlich willkommen geheißen wurden. Bilder, vorbereitende Unterlagen und weitere Informationen werden auf der Website des VEM abrufbar sein: www.formermembers.eu.

Unsere Reise nach Kosovo stellt in dieser Monatsausgabe jedoch nicht den einzigen Schwerpunkt dar. Unser angesehenes Mitglied Elisabeth Rehn hat einen Artikel zu den von den baltischen Staaten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erzielten Fortschritten bei der Umsetzung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der wirtschaftlichen Freiheit und der Landesverteidigung verfasst. Das Bulletin enthält ferner einen Bericht des Vereinsmitglieds Robert Evans über seinen erfolgreichen Besuch an der staatlichen Universität Mordwinien in Saransk, Russland.

Dies bietet auch eine Gelegenheit, auf das Kolloquium des Europäischen Vereins zurückzublicken, das am 13. November erstmals in unseren Räumlichkeiten stattgefunden hat. Der Titel lautete „The Challenges to Democracy in the Age of Globalisation“ (Die Herausforderungen für die Demokratie im Zeitalter der Globalisierung), und es wurde aufgrund der dabei geführten offenen und produktiven Aussprache zwischen ehemaligen Parlamentariern aus ganz Europa als Erfolg gewertet. Die angenommene Erklärung ist auf unserer Website www.formermembers.eu abrufbar.

Der Besuch bei unseren italienischen Kollegen am 24. und 25. November in Rom war sehr gewinnbringend. Meinen besonderen Dank möchte ich der italienischen Vereinigung der ehemaligen Parlamentarier für die Austragung dieser Veranstaltung aussprechen. Mitglieder unseres Vereins besuchten die Abgeordnetenkammer, den Senat und den Quirinalspalast und trafen sich mit ehemaligen italienischen Parlamentariern und mit den Vorständen der Ausschüsse für Europaangelegenheiten – sowohl der Abgeordnetenkammer als auch des Senats. Für unseren Verein markiert dies den Beginn einer neuen und – hoffentlich – lang

anhaltenden Tradition, das Land zu besuchen, das gerade den Vorsitz im Europäischen Rat innehat. Wir dürfen uns bereits auf die Besuche in Lettland und Luxemburg im nächsten Jahr freuen.

Schließlich möchte ich allen danken, die bei den Jahresveranstaltungen des VEM am 9. und 10. Dezember zugegen waren. Es hat mich gefreut, beim Abendessen so viele neue Mitglieder zu sehen. Wie auch im vergangenen Jahr hielt beim Cocktailempfang Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, den ich zu seiner Wiederwahl beglückwünsche, die Ansprache. Unser Ehrengast war Mario Monti, Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe zu den Eigenmitteln und ehemaliger Ministerpräsident Italiens. Das diesjährige Seminar mit dem Titel „The progress towards an economic union and the European social model, with a special emphasis on the future of young generations“ (Die Fortschritte auf dem Weg zu einer Wirtschaftsunion und das europäische Sozialmodell unter besonderer Berücksichtigung der Zukunft junger Generationen) fand am Vormittag des 10. Dezember statt. Ein Sonderbericht über unsere jährlichen Veranstaltungen wird im Bulletin vom März 2015 veröffentlicht, und die Anmeldung für das Seminar wird über die Website des VEM abrufbar sein.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die 2014 an der Arbeit des VEM mitgewirkt oder einen Beitrag dazu geleistet haben und dieses Jahr für unseren Verein zu einem erfolgreichen Jahr werden ließen. Ich wünsche Ihnen und all Ihren Angehörigen frohe Weihnachten und ein glückliches, erfolgreiches und gesundes Jahr 2015!

Enrique BARON CRESPO
Vorsitzender des VEM

ÜBERARBEITUNG DES BULLETINS

Seit der Veröffentlichung der ersten Ausgabe der FMA/AAD News im Oktober 2002 (jeweils vier Seiten in Englisch und Französisch) ist das FMA Bulletin zu einer bedeutenden Zeitschrift mit 30 Seiten in beiden Sprachen herangewachsen. Seinen Erfolg verdankt das Bulletin sowohl dem Engagement und dem Einsatz der Mitarbeiter der Redaktion in den letzten Jahren als auch den zahlreichen Verfassern von Beiträgen, die hauptsächlich dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (FMA/AAD) angehören.

Da im März 2015 die 50. Ausgabe erscheinen wird, hat das Direktorium den Redaktionsausschuss aufgefordert, die Zeitschrift zu überarbeiten und zu verbessern, wo dies notwendig ist. Wir werden uns zum Design und Layout professionell beraten lassen.

Was die Art und den Inhalt der veröffentlichten Artikel angeht, vertritt der Redaktionsausschuss jedoch die Auffassung, dass zunächst die Leser befragt werden sollten, damit ihre Ansichten volle Berücksichtigung finden.

Daher möchten wir Sie auffordern, zur Überarbeitung der Zeitschrift beizutragen, indem Sie uns per E-Mail Ihre Anmerkungen und Ideen dazu zukommen lassen, wie das Bulletin in Zukunft aussehen sollte.

Das Bulletin sollte natürlich auch weiterhin Meldungen über aktuelle Veranstaltungen und Tätigkeiten des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments enthalten. Die übrigen Artikel und Berichte könnten jedoch eine breitere Palette von Themen behandeln, die sowohl das Parlament und die EU als auch ihre Mitgliedstaaten betreffen. Da

alle Artikel nur die Ansichten der jeweiligen Autoren (und nicht die des EP oder des Vereins) widerspiegeln, gibt es in den Artikeln eventuell Raum für pointiertere Meinungen als bisher.

Bitte berücksichtigen Sie jedoch, dass die Zeitschrift vierteljährlich veröffentlicht wird und dass es zwischen der Einsendung von Beiträgen und der Veröffentlichung zwangsläufig zu einer Verzögerung kommt. Daher mag es den Artikeln an Aktualität mangeln, wenn sie erst einige Zeit nach dem Ereignis erscheinen. Aus diesem Grund ist es auch unmöglich, Platz für eine lebendige Diskussion zwischen unseren Beitragern einzuräumen.

Wir bitten Sie – unsere Leser –, uns per E-Mail an formermembers@europarl.europa.eu Ihren allgemeinen Eindruck von der Zeitschrift in ihrer derzeitigen Form (ggf. unter Bezugnahme auf die aktuelle Ausgabe Nr. 49) mitzuteilen und uns mögliche Veränderungen vorzuschlagen. Zum Beispiel:

- Würden Sie es begrüßen, wenn eine Zeitschrift gelegentlich einem konkreten Thema gewidmet würde (z. B. Binnenmarkt, Umwelt, EU-Außenpolitik)?
- Würde Ihnen eine Seite mit ausgewählten (lustigen oder ernsthaften) „Tweets“ (max. 140 Zeichen) von unseren Mitgliedern zu beliebigen Themen gefallen?
- Möchten Sie, dass die Artikel vermehrt politische Kontroversen zwischen den Fraktionen wiedergeben, wohl wissend, dass auf den zur Verfügung stehenden Seiten nicht jede Meinung dargestellt werden kann.

Dies sind nur ein paar Ideen. Sie haben sicher noch mehr (und bessere)!

Bitte melden Sie sich sofort bei uns, jedoch spätestens bis zum 10. Januar 2015, damit wir Ihre Ideen so schnell wie möglich umsetzen können.

Außenpolitische Prioritäten der EU: geographische Aspekte

Infolge der Globalisierung mag die Welt einheitlicher geworden sein, aber Geographie spielt immer noch eine Rolle. Das strategische und geopolitische Umfeld der Europäischen Union ist heutzutage unsicherer und unvorhersehbarer als dies jahrzehntelang der Fall war. Fortschritte im Vorfeld von Beitrittsprozessen und bei der Errichtung einer Östlichen Partnerschaft werden durch ungelöste bilaterale Streitigkeiten und politische Nullsummenspiele beeinträchtigt. Das Bild, das die Südliche Nachbarschaft übermittelt, ist tragischerweise blutbefleckt. Die EU sieht sich eher von einem Krisenbogen, denn von einem „Ring befreundeter Staaten“ umgeben. Der Europäische Rat räumte in seiner „Strategische[n] Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ vom 26./27. Juni ein, dass noch nie zuvor ein intensiveres Engagement der EU bei internationalen Angelegenheiten erforderlich gewesen sei. Vor diesem Hintergrund sollten die von Präsident Jean-Claude Juncker bei der Gestaltung und Funktionsweise der Kommission vorgenommenen Änderungen begrüßt werden.

Der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin der Kommission (HR/VP) Federica Mogherini wurde die Aufgabe übertragen, die Arbeit aller Mitglieder der Kommission zu lenken und zu koordinieren, damit das außenpolitische Handeln der Union einheitlicher und wirksamer wird. Obgleich erst seit einem Monat im Amt ist sie nicht nur mit ihrem Büro und Kabinett ist das Berlaymont-Gebäude umgezogen, sondern hat auch damit begonnen, die Arbeit der

Mitglieder der Kommission mit Zuständigkeit für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (Johannes Hahn), Handel (Cecilia Mallström), internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (Neven Mimica) und humanitäre Hilfe und Krisenmanagement (Christos Stylianides) zu steuern. Somit hat Federica Mogherini ein bewährtes monatliches Verfahren wiederaufgenommen, das Catherine Ashton in der Amtszeit der zweiten Kommission unter Präsident Barroso aufgegeben hat. Eine weitere Neuerung, die im Sinne der Teamarbeit und der einheitlichen Außenpolitikgestaltung eingeführt wurde, betrifft die Möglichkeit von Johannes Hahn und von weiteren Mitgliedern der Kommission, die HR/VP in den Zuständigkeitsbereichen der Kommission zu vertreten. In gleicher Weise ist Federica Mogherini nunmehr befugt, auf die politischen Instrumente und die Sachkunde der Kommission in anderen Bereichen zurückzugreifen, in denen die internationalen Partner der EU an einer Zusammenarbeit interessiert sind: Klima, Energie, Verkehr und Migration.

In Anbetracht der eigenen Repräsentationsverpflichtungen von Jean-Claude Juncker werden sein Kabinett und das von Federica Mogherini eng zusammenarbeiten müssen, damit sie eine kohärente Position vertreten. Ähnliche Synergien werden zwischen Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, und der HR/VP Federica Mogherini und ihren jeweiligen Bediensteten geschaffen werden müssen. Wie die Bewältigung der WWU-Krise während der Amtszeit von Van Rompuy ganz oben auf der Tagesordnung des Europäischen Rates stand, werden die Krisenbewältigung in der Nachbarschaft der EU und die Festlegung der Beziehungen zu Russland in den kommenden Jahren „Chefsache“ sein. Der Einsatz von Donald Tusk bei der Erzielung einer politischen Einigung zwischen den Staats- und Regierungschefs wird bei der Umsetzung durch den Rat „Auswärtige Angelegenheiten“, dessen Vorsitz Federica Mogherini hält, Ergebnisse zeitigen müssen. Der EAD wird die HR/VP und die weiteren Verantwortungsträger in der EU-Außenpolitik bei ihren Aufgaben unterstützen müssen.

Mit Blick auf die Themen im Rahmen der strategischen Nachbarschaft der EU sollte die HR/VP als zentraler Akteur in der außenpolitischen Konstellation der EU folgenden Maßnahmen Vorrang einräumen und sie gleichzeitig umsetzen:

- bessere Ausschöpfung des politischen Handlungsspielraums zwischen den Institutionen und den Mitgliedstaaten zur Einleitung kollektiver Maßnahmen, sowohl in strategischer Hinsicht (etwa um die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 zu aktualisieren und zu verbessern) als auch in operativer Hinsicht;
- Einhaltung der Zusagen gegenüber allen Heranführungsländern, die Erweiterungspolitik sorgfältig umzusetzen, und aktive Ermittlung neuer Wege zur Beilegung ungelöster Streitigkeiten und zur Überwindung des Stillstands bei Verhandlungen oder jeglichen Rückschritts auf dem Reformkurs;
- Neufestlegung der Beziehungen zu Russland und zur Eurasischen Wirtschaftsunion, in der das Land tonangebend ist;
- Aufgabe des eurozentristischen Ansatzes bei der Festlegung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und Verfeinerung (erforderlichenfalls auch Neufestlegung) der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf bilateraler Ebene; Berücksichtigung der Interessen der Nachbarn unserer Nachbarn und Einbindung strategischer Partner weltweit in die Festlegung dieser bilateralen Beziehungen; Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb oder außerhalb der Nachbarländer, die nicht mit der EU zusammenarbeiten möchten;
- Weiterentwicklung des Werkzeugkastens der ENP durch Sicherheitselemente – angefangen bei Frühwarnsystemen und der Konfliktverhütung bis hin zur Cybersicherheit und Krisenbewältigung –, um in der Lage zu sein, besser auf die Bedrohungen oder die Verletzung der Sicherheit von Nachbarländern reagieren zu können;

- Wiederbelebung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch die Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten, die willens und in der Lage sind, ihre Verstärkte Zusammenarbeit dauerhaft zu strukturieren.

Steven Blockmans,

Leiter des mit der Außenpolitik der EU befassen Referats am Zentrum für europäische politische Studien

Die Kommission und die Parlamente

Die Arbeitsweise der Union beruht auf der repräsentativen Demokratie (Artikel 10 EUV). Der politische Prozess, der mit den Wahlen vom Mai in Gang gesetzt wurde, wurde als „parlamentarische Revolution“ bezeichnet. Wegen der Neuerungen, die diesen Prozess auszeichnen, ist dies tatsächlich der Fall. Aber im Grunde hat man lediglich damit begonnen, diese Worte des Vertrags in die Tat umzusetzen.

Die Aufstellung von Spitzenkandidaten im Wahlkampf und die parlamentarische Wahl des Kandidaten mit der relativen Mehrheit der Stimmen zum Kommissionspräsidenten waren die Prämissen für eine institutionelle Bewegung der Konsolidierung des demokratischen Herzstücks der Union. Dabei wurde Präsident Juncker mit der Neugestaltung der Kommission beauftragt.

Bislang ist es noch keinem Kommissionspräsidenten gelungen, die Befugnisse gemäß Artikel 17 Absatz 6 des Vertrags („Der Präsident der Kommission (...) beschließt über die interne Organisation der Kommission, um die Kohärenz, die Effizienz und das Kollegialitätsprinzip im Rahmen ihrer Tätigkeiten sicherzustellen, ernennt (...) die Vizepräsidenten“) vollständig wahrzunehmen. Präsident Juncker hat bei seinem Amtsantritt von diesen Befugnissen jedoch ausgiebig Gebrauch gemacht. Mit der Einrichtung von „Clustern“ und „Projektgruppen“ hat die neue Kommission eine fest umrissene Gestalt zwecks Verwirklichung von drei Zielen angenommen.

Das erste Ziel ist, endlich zu einer „Reduzierung“ der Zerstückelung der Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Ressorts der 28 Kommissionsmitglieder zu gelangen. Ohne die Schaffung von Hierarchien, sondern lediglich mit losen Koordinationspunkten in Gestalt der sieben Vizepräsidenten ist die Zahl der Kommissionsmitglieder, die auf politischem Wege bislang nicht verkleinert werden konnte, nun im funktionellem Sinne vertretbar geworden.

Das zweite Ziel ist das Aufbrechen der starren, sich voneinander abgrenzenden bürokratischen Strukturen der einzelnen Verwaltungsabteilungen der Kommission. Der Austausch von Informationen, Untersuchungsberichten und Erfahrungen im Rahmen eines jeden „Projekts“ dürfte die beste Gewähr für dessen letztendliche Machbarkeit sein.

Das dritte und für das parlamentarische System der EU wichtigste Ziel besteht darin, ein „Vertrauensverhältnis“ zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament aufzubauen. Wer mit der Geschichte des Europäischen Parlaments vertraut ist, kennt nur zu gut die Schwierigkeiten und häufig auch die Frustrationen, wenn die Tagesordnung lediglich erlaubt, dass nur ein kleines Teilstück eines Problems mit dem zuständigen Kommissionsmitglied erörtert werden kann. Im Rahmen eines Projekts kann man nun jedoch von jedem Kommissionsmitglied Auskunft über alle Aspekte einer bestimmten Angelegenheit verlangen (erste Signale dieser Art waren bereits in den Anhörungen, gemeinsamen Ausschüssen und von den designierten Kommissionsmitgliedern zu vernehmen). Es eröffnen sich dadurch mehr Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle und Einflussnahme.

Aber nicht nur das Europäische Parlament profitiert von der Neugestaltung der Kommission. Es ergeben sich daraus auch Konsequenzen für die nationalen Parlamente. Der neu

eingerrichtete stellvertretende Vizepräsident, der eine interne Kontrolle in Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ausüben soll, ist für die nationalen Parlamente ein wichtiger Ansprechpartner.

Die Kommission Juncker startet mit guten Ideen für eine Reorganisation. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob sie auch wirksam umgesetzt werden können. Schließlich wartet auf die Kommission die schwierige Aufgabe, der „Antriebsmotor“ der notwendigen europäischen Investitionen zur wirtschaftlichen Genesung zu sein.

Andrea MANZELLA
(PSE 1994-1999)

Die Krise in Europa macht eine politische und wirtschaftliche Union erforderlich Das verarbeitende Gewerbe muss wieder aufgebaut und die Regeln neu definiert werden

Der Wirtschaftskrise in der Europäischen Union liegen nicht nur internationale Ursachen – die Krise anderer Märkte und das Scheitern eines nunmehr auf sich selbst bezogenen kapitalistischen Systems, das nicht mehr in der Lage ist, Beschäftigung und Wachstum zu schaffen –, sondern auch Ursachen zugrunde, die innerhalb der Union selbst zu suchen sind.

Die Entscheidung, eine gemeinsame Währung einzuführen, ohne zuvor eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geschaffen zu haben, und Vorhaben ausschließlich auf den Dienstleistungssektor auszurichten, ohne das verarbeitende Gewerbe zu berücksichtigen, haben die Krise unseres Systems in bedeutendem Maße verschärft.

Das verarbeitende Gewerbe in Europa ist nach wie vor eine tragende Säule für die Entwicklung und den Arbeitsmarkt. Die exponentielle Zunahme der Arbeitslosigkeit hängt weitgehend mit der Krise eines ganzen Sektors zusammen, der in der Vergangenheit Beschäftigung und Wohlstand gesichert hat.

Da Europa nicht nur die Folgen für das verarbeitende Gewerbe falsch eingeschätzt hat, sondern auch den Fehler begangen hat, keine geeigneten Maßnahmen für den Umgang mit der Globalisierung der Märkte zu entwickeln, und überstürzt bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen hat, die häufig nicht die Vorschriften für die Sicherheit der Produkte und die Interessen der europäischen Wirtschaft berücksichtigen, ist es trotz der in jüngster Zeit gezeigten guten Absichten sehr schwierig, einen Weg aus der Krise zu finden.

Hinzu kommt die unzeitgemäße Struktur der Welthandelsorganisation, die nur über unzureichende Instrumente verfügt und nicht zu zügigem Handeln fähig ist, sodass kleine und mittlere Unternehmen nicht in der Lage sind, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Dies hat sich z. B. im Photovoltaiksektor und bei der Schuhherstellung gezeigt und auch bei den Sanktionen, die China gegen europäischen Wein verhängt hat.

Antidumpingverfahren laufen zu zeitverzögert und langwierig, um Wirtschafts- und Sozialdumping etwas entgegensetzen zu können. Die Kommission missachtet die mehrfach vonseiten des Parlaments geäußerten Warnungen in Bezug auf den Abschluss von Handelsabkommen, die die europäische Wirtschaft benachteiligen und auch der Bevölkerung

von Drittstaaten keine Vorteile bringen. Überholt ist auch die Liste der Entwicklungsländer, die Teil der Welthandelsorganisation (WTO) sind.

Die langwierigen Rechtsstreitigkeiten über die Herkunftsbezeichnung für Erzeugnisse und die Verordnung über die Produktsicherheit haben deutlich gemacht, dass innerhalb des Rates nicht etwa gemeinsame Interessen vorherrschen, sondern die wirtschaftlichen Interessen der stärksten Länder, wie Deutschland. Aufgrund der Kurzsichtigkeit in der Vergangenheit müssen diese jetzt jedoch auch für die Krise bezahlen.

Die Wirtschaft wiederzubeleben bedeutet, einen Entwicklungsprozess anzustoßen, der konkret zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt, und die Fähigkeit an den Tag zu legen, auf internationaler Ebene nicht nur aufgrund von Qualität und Effizienz wettbewerbsfähig zu sein, sondern auch aufgrund von ernstgemeinten Strategien zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs und von Sicherheit für die Verbraucher.

Dieses Ziel kann nur dann verwirklicht werden, wenn Europa versteht, dass es neben allen Vorschriften und Vorhaben eine sichere und stabile, politische und wirtschaftliche Union geben muss. Wenn Europa nicht diesen Schritt vorwärts geht, wird es an einem Übermaß an Verpflichtungen und einem Übermaß an Zugeständnissen untergehen.

Es muss Schluss sein mit dem wechselseitigen Einlegen von Vetos aufgrund von Partikularinteressen und der absurden Annahme, dass nur ein ausgeglichener Haushalt zähle. Wir erleben eine Rezession erschreckenden Ausmaßes. Ein immer aggressiverer Terrorismus und eine entfesselte Globalisierung bedrohen unsere gesellschaftlichen Lebensgrundlagen und unsere Freiheit, gemeinsam eine gerechtere und friedliche Gesellschaft aufzubauen, die zu Solidarität unter Achtung der gemeinsamen Regeln fähig ist.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Es sind nicht nur die Politiker, die Antworten erwarten, es sind vor allem die Bürger Europas.

Cristiana MUSCARDINI

NA (1989-1999), UEN (1999-2009), PPE (2009-2012), ECR (2012-2014)

Das Meer des Friedens

Nach all den erschütternden Nachrichten des letzten Jahres über die Maßnahmen Russlands in seinem souveränen Nachbarstaat, der Ukraine, wurden die Ostseeanrainer unter den Mitgliedstaaten der EU gezwungen, ihre eigene Sicherheit zu überdenken.

Da ich mich in meiner Tätigkeit seit 1995 lange Zeit auf den Balkan konzentriert habe, fielen mir die Parallelen zwischen dem Balkankrieg in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts und den Geschehnissen in der Ukraine sofort ins Auge. Die Ukraine scheint auseinanderzufallen, da die Krim von Russland annektiert wurde und im Osten des Landes unrechtmäßige Wahlen – offensichtlich mit voller Unterstützung Russlands – stattfanden.

Schweden und Finnland sind die einzigen Ostseeanrainer unter den Mitgliedstaaten der EU, die nicht der NATO angehören; wir haben hier wohl eine gute Gelegenheit verpasst, als wir 1995 der EU beitraten. Niemand glaubt ernsthaft, dass die nordischen und die baltischen Staaten bedroht sind, das Vorgehen Russlands ist jedoch – vorsichtig ausgedrückt – verstörend. Unser Luftraum wurde wiederholt verletzt, und Schweden suchte eine Woche lang nach den unbekanntem Verursachern von Unterwasser-Aktivitäten in seiner Inselgruppe.

Wäre das Problem nicht so schwerwiegend, würde ich sagen, dass hier ein kleiner aufmüpfiger Junge ausprobiert, wie weit er gehen kann.

Alle Ostseeanrainer unter den EU-Mitgliedstaaten haben jedenfalls ihre Wachsamkeit erhöht. Schweden überdenkt die in der Vergangenheit bei den Verteidigungskräften vorgenommenen Einschnitte und konzentriert sich erneut verstärkt auf den Schutz seines Hoheitsgebiets. Finnland verfügt über eine überarbeitete Verteidigungsstrategie und betrachtet nach wie vor eine Armee Wehrpflichtiger – mit einem freiwilligen Wehrdienst für Frauen – als Grundlage seiner Landesverteidigung. Die Ausrüstung stellt hier eher ein größeres Problem dar: Wir müssen unsere Kampfflugzeuge erneuern, da die FA-18 in die Jahre gekommen sind. Auch die Seestreitkräfte benötigen neues Material, und viele unserer Aktivitäten sind auf die Abwehr von Cyberangriffen ausgerichtet. Schweden und Finnland haben außerdem die gemeinsame Sicherheitszusammenarbeit gestärkt.

All dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entwicklung der europäischen Wirtschaft auch unsere Region beeinflusst. Finnland hat sich noch nicht erholt. In Schweden sieht es besser aus, jedoch muss das Land die Herausforderungen seiner großzügigen Flüchtlingspolitik bewältigen, da viele Flüchtlinge aus Syrien in Schweden Zuflucht gefunden haben. Die baltischen Staaten haben große Fortschritte bei Demokratie und wirtschaftlicher Freiheit erzielt, und die Bürger würden sich sicherlich auch künftig gerne vorrangig darum kümmern, ihr Zusammenleben noch weiter zu verbessern. Niemandem ist an unvorhergesehenen Sicherheitsproblemen gelegen.

Unglücklicherweise sieht es so aus, als ob wir eine Zeit lang darauf verzichten müssten, das Meer, das wir umschließen, „Meer des Friedens“ zu nennen.

Elisabeth REHN,

Staatsministerin (ehrenhalber). Sie war von 1990-1995 finnische Verteidigungsministerin, anschließend UN-Sonderberichterstatterin für das ehemalige Jugoslawien und von 1998 bis 1999 Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Bosnien-Herzegowina. Im Jahr 2002 verfasste sie den UN-Bericht „Women, War, Peace“. Sie ist seit 2009 Mitglied des Verwaltungsrats des Treuhandfonds für Opfer beim IStGH in Den Haag. UN-Berichte über Palästina und die Demokratische Republik Kongo.

Schewardnadse – Lotse bei der schwierigen Geburt des freien Georgien

Als ich im Frühjahr 2004 mit Surab Schwania zusammentraf, dem Premierminister der neuen Regierung, die durch die Rosenrevolution im November 2003 Eduard Schewardnadse aus dem Präsidentenamt gejagt hatte, legte er sich fest: „Wir wollen, dass Schewardnadse in Georgien bleibt. Daran zeigt sich, dass Georgien eine Demokratie ist: dass ein ehemaliger Präsident nicht selbstverständlich entweder tot ist oder im Exil oder im Gefängnis.“ Diese Zusage wurde eingehalten. Schewardnadse starb am 7. Juli 2014 im Alter von 86 Jahren als freier Mann in der georgischen Hauptstadt.

Er hat seine Entscheidung zur Rückkehr nach Georgien im Frühjahr 1992 nie bereut. „Sie war richtig, denn meine Rückkehr bewahrte das Land vor Zerfall, Hunger und anderen Katastrophen,“ schrieb er in seiner Autobiografie (Eduard Schewardnadse, Als der Eiserne Vorhang zerriss, Begegnungen und Erinnerungen, Duisburg 2007).

Am 10. März 1992 wurde Schewardnadse vom Parlament zum Staatsoberhaupt gewählt. „Ich hätte zum Diktator werden können, war aber dagegen.“ Als er die Macht übernahm, herrschte in Abchasien Krieg, und mit Südossetien gab es einen Konflikt. Der russische Außenminister Kosyrew machte einen Besuch, „aber wir mussten unsere natürlichen Beziehungen zum

Westen, zur EU und zu den USA wiederherstellen.“ Am 23. März 1992 erkannte die EU Georgien an.

Im Februar 2000 traf ich in meiner Eigenschaft als Berichterstatter des EU-Parlaments zum Thema Südkaukasus einen müde gewordenen Schewardnadse an. Er zollte der OSZE Lob, weil sie die Ereignisse in Abchasien als „ethnische Säuberung“ bezeichnet hatte. Zugleich betonte er: „Wir sind mit Russland in einem Bund fürs Leben und können nicht einfach die Scheidung betreiben, wollen aber eine aktive Zusammenarbeit mit der NATO, und eine Mitgliedschaft lässt sich nicht ausschließen.“ Als es um die Beziehungen zur EU ging, sagte er laut und deutlich: „Lasst uns ohne weiteren Verzug in die EU!“

Die Parlamentswahl vom 2. November 2003 löste umfangreiche Protestdemonstrationen gegen angebliche Wahlmanipulationen aus. In seiner Autobiografie berichtet Schewardnadse, dass er nach dem 10. November, an dem die Demonstranten in ihren Parolen seinen Rücktritt gefordert hatten, nach Batumi fuhr und mit dem autoritären Machthaber von Adscharien, Aslan Abaschidse, zusammentraf. Als ich am 14. November in Tiflis Surab Schwania begegnete, hoffte er auf eine Kompromisslösung bis zum Ende von Schewardnadses Amtszeit 2005. Eine Woche später erklärte Schwania gegenüber einer EU-Delegation, die einzige Lösung bestehe im Rücktritt des Präsidenten. Sein Hauptargument war, Schewardnadse sei dabei, Abaschidse-Anhänger nach Tiflis zu holen.

Die Ereignisse spitzten sich am 22. November 2003 zu, als Micheil Saakaschwili mit seinen Rosen in den Händen tragenden Anhängern in die Eröffnungszeremonie des neu gewählten Parlaments hineinplatzte. Am Tag danach suchten Schwania und Saakaschwili Schewardnadse im Präsidentenpalast auf. Letzten Endes sagte der Präsident seinen Rücktritt zu.

Dass sich Schewardnadse trotz des unrühmlichen Abgangs loyal gegenüber der Nation verhielt, zeigt sich daran, dass er später auf die Frage, ob er bei der Präsidentenwahl 2004 für Saakaschwili gestimmt habe, antwortete: „Das ist nahe an der Wahrheit.“ Dabei hätte er durchaus lieber seinen vorherigen Kronprinzen, Surab Schwania, unterstützt. Im März 2006 erklärte er gegenüber der Washington Post, er glaube der offiziellen Version zum Tod von Schwania 2005 nicht, „denn er wurde ermordet.“

Bei all seinem Pragmatismus hatte Schewardnadse auch etwas Visionäres an sich – die Vision einer neuen Seidenstraße (Eduard Schewardnadse: Die Neue Seidenstraße – Verkehrswege ins 21. Jahrhundert, München 1999).

Die politische Akrobatik Schewardnadses und seine große Erfahrung mit der Ausübung von Macht in Moskau wie auch in Tiflis wären heute von Nutzen, da das Tauziehen zwischen Ost und West um Einfluss in Russlands Nachbarländern immer mehr an das Great Game des 19. Jahrhunderts zwischen dem Zarenreich und der damaligen westlichen Supermacht Großbritannien erinnert.

Per GAHRTON,

Verfasser von Georgia – Pawn in the new Great Game, Pluto, London 2010

Berichterstatter des EU-Parlaments für das Thema Südkaukasus 1998–2004

Ein Blick von oben

Das anstehende Referendum über den Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich stößt in anderen Mitgliedstaaten, in denen sich Minderheiten abspalten oder größere Unabhängigkeit erlangen möchten, auf Resonanz.

Alex Salmond, der Vorsitzende der Scottish National Party, vertritt die Auffassung, niemand anderer sei besser dafür geeignet, sich um die schottischen Belange zu kümmern, als die Schotten selbst. Dieser Gedanke hat natürlich seinen Reiz, weist aber einen entscheidenden Makel auf: Dasselbe könnte auch von Edinburgh, Perthshire oder den Shetlandinseln behauptet werden oder auch vom spanischen Katalonien oder vom belgischen Flandern. Wie soll entschieden werden, wo Unabhängigkeit gewährt wird und wo nicht?

Manche Aufgaben können aufgrund ihrer Dimension oder ihrer Besonderheiten einfacher gelöst werden, wenn man sie gemeinsam angeht. Niemand ist unabhängiger als der Einsame in der Wüste. Aber viele Aufgaben oder nationale Fragen können nicht allein gelöst werden, denn Stärke ergibt sich aus dem Zusammenhalt vieler. Und hier stellt sich uns die Frage nach der idealen Größe eines Landes.

Die Stärke, die sich aus der seit bereits 307 Jahren andauernden Union zwischen Schottland und England mit Wales und Nordirland ergibt, hat sich für alle Bürger des Vereinigten Königreichs als vorteilhaft erwiesen. Außenpolitik, Verteidigung, internationale Verhandlungen sowie Währungsfragen sind Beispiele für Bereiche, in denen eine zahlenmäßige Stärke und gemeinsamer Wohlstand eine Rolle spielen.

Andererseits sollte die Entscheidungsfindung aber auf lokaler Ebene verbleiben, wenn es um Fragen geht, über die genauso gut oder sogar noch besser auf lokaler Ebene entschieden werden kann. Dieses alte Gebot der katholischen Kirche bildet den Kern des Subsidiaritätsprinzips.

Altiero Spinelli, damals Vorsitzender des Ausschusses für institutionelle Fragen, nahm 1984 meinen Vorschlag, das Subsidiaritätsprinzip in den Entwurf des Parlaments für einen Vertrag über die Europäische Union aufzunehmen, bereitwillig an. Im Ergebnis der Arbeit des Parlaments wurde er in die Einheitliche Europäische Akte und später auch in den Vertrag über die Europäische Union aufgenommen. Trotz seines hohen Wertes als Leitgrundsatz hat sich die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips jedoch als nicht ganz einfach erwiesen. Wem obliegt es eigentlich, zu entscheiden, was „besser auf lokaler Ebene erreicht werden kann“?

Subsidiarität ist ein zweiseitiges Schwert: Durch Subsidiarität entsteht ein Druck hin zur lokalen Ebene. Wenn aber Angelegenheiten eindeutig besser gemeinsam als getrennt bewältigt werden können, sollte man dann nicht auch gemeinsam handeln? Die EU und unzählige internationale Abkommen zeugen davon, wie oft Länder einen Vorteil daraus ziehen, wenn sie ihre Souveränität teilen.

Derzeit schaut Europa bestürzt auf das Russland Putins, das dabei ist, die Unantastbarkeit der einzelstaatlichen Grenzen mit Füßen zu treten. In der NATO haben sich 28 Staaten zusammengetan, um gemeinsam ein Maß an Sicherheit zu schaffen, das sie allein niemals erreichen könnten.

Die Europäische Union hat in vielen Fragestellungen, die gemeinsam besser angegangen werden können, Fortschritte erreicht. Allerdings ist in einem Punkt mehr Feingefühl erforderlich: In den meisten EU-Ländern nimmt der Widerstand gegen Eingriffe selbst in die kleinsten Details des Alltags zu – Douglas Hurd bezeichnete dies einmal als Eingriff in „Kette und Schuss“. Hier haben sich die Fachausschüsse des Europäischen Parlaments wohl in gleichem Maße schuldig gemacht wie die Kommission, die britische Regierung sowie andere einzelstaatliche Regierungen, die nur allzu oft der Tendenz nachgeben, in einer Weise einzugreifen, die das im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips gebotene Maß übersteigt. Hier bedarf es weiterer Debatten.

Wenn die Ja-Stimmen bei dem Referendum überwiegen und Schottland unabhängig wird, wird sich die Bevölkerungszahl des Vereinigten Königreichs verringern, und es wird zu langen Auseinandersetzungen kommen sowie zu höheren Kosten und einem Effizienz- und Machtverlust für alle. Lautet das Ergebnis der Abstimmung „Nein“, wodurch das Vereinigte Königreich erhalten bliebe, sollte zwischen dem Vereinigten Königreich und Schottland eine neue konstitutionelle Vereinbarung getroffen und auch innerhalb des restlichen Vereinigten Königreichs die lokale Ebene gestärkt – oder auch das Subsidiaritätsprinzip (!) vermehrt angewendet – werden.

Das Rennen wird knapp ausgehen. Ganz abgesehen davon, wie das Referendum ausgehen wird, kann die EU in ihrer Gesamtheit allerdings etwas aus ihm lernen: Das föderale Subsidiaritätsprinzip hat sowohl der EU insgesamt als auch den einzelnen Mitgliedstaaten einiges mehr zu bieten als gemeinhin angenommen, sofern es wirksam angewendet und dabei den lokalen Befindlichkeiten besser Rechnung getragen wird als bisher.

Christopher Jackson (MdEP 1979–1994)

„EP to Campus“

Saransk

Selbst ein so schicker und gepflegter Ort wie der neue internationale Flughafen Domodedovo in Moskau kann um Mitternacht ziemlich unheimlich wirken, wenn der eigene Anschlussflug gerade vom Bildschirm verschwunden ist. Genau das ist mir passiert, als ich auf dem Weg war, im Auftrag von ehemaligen Mitgliedern bei der mordwinischen staatlichen Universität Ogarev im russischen Saransk eine Rede zu halten. Ich hatte noch niemanden getroffen, der je von Saransk oder der russischen Republik Mordwinien gehört hatte. Da die Stadt einer der Austragungsorte der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 sein wird, wird sich das wahrscheinlich bald ändern.

Nachdem ich die Einladung angenommen hatte, über den Umgang der EU mit ethnischer Vielfalt zu sprechen, waren meine Freunde mehr in Sorge darüber, ob ich danach wieder aus dem Land herausgelassen werden und zurückkehren würde, als dass sie sich Gedanken darüber machten, wie ich erst nach Saransk kommen sollte, einer 700 Kilometer von Moskau entfernten Stadt mit rund einer Viertelmillion Einwohnern. Von Anfang an war mir klar, dass die Reise eine Herausforderung werden könnte, da keiner der britischen Online-Reisevermittler mir einen Flug dorthin anbieten wollte. Vermutlich wollten sie mit der einzigen Fluggesellschaft, die die Stadt von Moskau aus anfliegt, nicht zusammenarbeiten. Schließlich konnte ich die Buchung mit zwei getrennten Tickets und langen Zwischenstopps in Moskau sowohl auf dem Hin- als auch auf dem Rückflug abschließen. Jetzt brauchte ich nur noch ein Visum für Russland. Es stellte sich heraus, dass es teuer war (beinahe 200 EUR)

und zwei Fahrten nach London erforderte, um den notwendigen Stempel in meinen Reisepass zu bekommen.

Aufgrund einer ungewöhnlich kalten Witterung und Nebel spät in der Nacht in Saransk wurde mein Flug von Moskau nach Saransk mit der Fluggesellschaft Rusline gestrichen. Das Flughafenpersonal war überrascht, auf einen einsamen Passagier zu treffen, der kein Russisch sprach und auf Hilfe angewiesen war. Sie gaben mir glücklicherweise eine Bordkarte für den nächsten Flug zur gleichen Uhrzeit am nächsten Tag. Nach vielen Telefonaten fand ich mich um 2 Uhr morgens in einem recht komfortablen Hotel wieder, auch wenn sich das Bad auf der anderen Seite des Flurs befand.

Ich erwachte von einem Anruf von Yulia, meiner Gastgeberin von der Universität, die geduldig auf dem Flughafen auf meinen Flug gewartet und erfahren hatte, dass er gestrichen worden war und jetzt besorgt wissen wollte, wo ich war. Sie beschloss, mir einen Platz für den nächsten Nachtzug ab dem Moskauer Bahnhof Kazansky nach Saransk zu buchen, um weitere Probleme mit Flügen zu vermeiden. Also musste ich jetzt zwölf Stunden in der Stadt verbringen, wo die Temperatur -10°C betrug und noch weiter sank. Das Moskauer Metrosystem ohne einen Reiseführer zu entschlüsseln stellte sich als Herausforderung dar. Mit ein wenig Mühe schaffte ich es schließlich, eine Fahrkarte zu kaufen, und fuhr ins Stadtzentrum.

Meine letzte Reise in die Rote Stadt war noch zu Zeiten Gorbatschows. In der Sowjetunion war Moskau ein unheimlicher Ort, aber heute macht die Stadt nicht mehr wirklich einen solchen Eindruck. Die meisten düsteren und grauen Geschäfte aus meiner Erinnerung haben vertrauten westlichen Geschäften Platz gemacht, ob McDonalds, Gucci, Levi's oder Samsung. Selbst das Sicherheitspersonal, das für die Bewachung des Grabmals von Lenin zuständig ist, macht einen freundlicheren und fröhlicheren Eindruck als vor dreißig Jahren. Lenin selbst sieht nicht besser aus.

Daraufhin brach ich zur neunstündigen Fahrt mit dem Nachtzug auf. Ich erfuhr, dass die Temperatur der Heizung in den Abteilen umso höher eingestellt wird, je mehr man für die Fahrkarte bezahlt hat. Die Universität muss ein Vermögen für mein Bett im Schlafwagen bezahlt haben, da es so stickig und heiß war, dass an Schlaf kaum zu denken war. Als ich in den frühen Morgenstunden aus dem Zug ausstieg, fühlte ich die Kälte in Saransk umso mehr und war kaum in der richtigen Form für die Herausforderungen, die dieser Tag mit sich bringen würde.

Die mordwinische staatliche Universität Ogarev ist eine moderne Einrichtung mit gepflegten Gebäuden und über 13 000 eingeschriebenen Vollzeitstudenten. Die Juristische Fakultät hatte die Konferenz organisiert, um der Frage nachzugehen, inwieweit sich der rechtliche Status der Minderheiten in Russland und andernorts voneinander unterscheidet. Ich sprach über die Arbeit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und über die im Jahre 2000 erlassene Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse. Dieser Rechtsakt der EU dient der Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft und der Umsetzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung.

Wir sollten niemals so tun, als hätten es die ethnischen Minderheiten in Europa leicht. Das gilt erst recht nicht für die rund sechs Millionen Roma. Auch sollten wir an die Herausforderungen denken, die einigen der dichter bevölkerten Teile der EU durch Einwanderung entstehen, und wir sollten nicht übersehen welchem Druck Schulen und kommunale Behörden dadurch ausgesetzt sind. Andererseits wollte ich die Botschaft vermitteln, dass eine größere Vielfalt eine großartige Möglichkeit bietet, unsere Gesellschaften inklusiver, kreativer und offener zu gestalten.

Andere Gastredner und Wissenschaftler sprachen über die Rechte des Volkes der Komi in Russland und über den rechtlichen Status der Ungarn, Esten und der Kaukasusvölker. Im Anschluss besuchten wir kurz einige traditionelle Wohnhäuser von Einheimischen aus der

Umgebung, um einen Eindruck von ihrer Lebensweise zu bekommen, die sich offensichtlich im Laufe der Jahre wenig verändert hat.

Am nächsten Tag hatte ich die Gelegenheit, einen Vortrag vor einem größeren studentischen Publikum zu halten. Hierbei zeigten sie nicht nur Interesse an der Europäischen Union, sondern äußerten auch Besorgnis. Hervorzuheben sind ihre Ansichten zu den von Europa verhängten Sanktionen und zu unserer Politik gegenüber Russland im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine. Interessanterweise war nicht ein einziger Mensch, dem ich in Saransk begegnet bin, der Ansicht, dass Russland an der Destabilisierung des Nachbarlandes beteiligt war. Ihrer Auffassung nach handelt es sich um interne Probleme der Ukraine, die sich im Laufe vieler Jahre entwickelt hätten und unterdrückt wurden. Auch war man sich vollkommen darüber einig, dass die Krim historisch zu Russland gehörte, und dass die mit der Volksabstimmung durchgeführte Wiedervereinigung absolut legitim sei. Einige Studenten erkundigten sich nach der jüngsten Volksabstimmung in Schottland und verglichen diese mit der Lage auf der Krim. Als ich antwortete, dass das Referendum in Schottland über zwei Jahre im Voraus geplant und korrekt durchgeführt wurde, während die Abstimmung auf der Krim in wenigen Tagen überstürzt organisiert und ohne internationale Aufsicht durchgeführt wurde, erntete ich nicht gerade Beifall.

Über europäische und globale Themen waren die Studenten gut informiert und stellten eine Reihe von intelligenten und heiklen Fragen, manchmal auf Englisch, andere Male über einen Dolmetscher. Daraufhin folgte ein anscheinend nicht endender Austausch von Fotos und Karten bis zur Mittagspause.

In Saransk traf ich auch den Bürgermeister, besuchte das Parlament der Republik und wurde dem Oberhaupt der Republik Mordwinien vorgestellt, das gerade das kürzlich renovierte und äußerst beeindruckende Museum von Saransk eröffnete. Obwohl er nicht in sein Amt gewählt, sondern von Moskau ernannt wurde, scheinen dieser Amtsträger und die von Putins Partei Vereintes Russland dominierte Versammlung beachtliche Fortschritte bei der Modernisierung der Stadt Saransk zu machen. Die Gebäude sind eines nach dem anderen renoviert und oft in kräftigen Farben gestrichen worden, überall werden neue Wohnblöcke gebaut. Auch eine neue Kathedrale und ein Einkaufszentrum sind in Bau. Das futuristisch anmutende Stadion mit 45 000 Sitzplätzen, das gerade für die Fußball-Weltmeisterschaft gebaut wird, und der neue Flughafen-Terminal werden, so hofft man, der Stadt noch mehr Wohlstand und Ansehen verschaffen.

Die Gastfreundschaft meiner Gastgeber von der Universität war wunderbar. Sie waren freundlich, hilfreich und aufgeschlossen und machten meinen Aufenthalt in ihrer Stadt nicht nur zu einer interessanten Erfahrung, sondern auch zu einem großen Vergnügen. Ich bin mit vielen Eindrücken heimgekehrt und habe alle eingeladen, nach Großbritannien zu kommen und einige Studenten aus meinen Vorlesungen über internationale Politik zu treffen.

Dass sie das für eine solche Reise notwendige Visum bekommen können, ist wahrscheinlich anzuzweifeln. Dennoch bin ich überzeugt, dass dieses Programm für ehemalige Mitglieder einen enormen Wert hat, und ich fühle mich geehrt, daran teilgenommen zu haben.

Robert Evans
PSE (1994-2009)

Kiew

Auf Anfrage der Kiew-Mohyla-Akademie, in der das erste Jean-Monnet-Spitzenforschungszentrum für Europäische Studien in der Ukraine eingerichtet wurde, nahm Dr. Margarita Starkeviciute, Mitglied des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, am jährlich stattfindenden Tag der Akademie und an der

Konferenz der Ukrainischen Vereinigung für Europäische Studien teil, die am 15./16. Oktober in der Universität veranstaltet wurden.

Studierende der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften wohnten einem Vortrag mit dem Titel „From Political to Economic Transformation“ (Von der politischen zur wirtschaftlichen Umgestaltung) bei, bei dem es um neue Erkenntnisse in der Wachstumstheorie und deren Auswirkungen auf den Prozess des wirtschaftlichen Übergangs geht. Die Studierenden beteiligten sich aktiv am Seminar und stellten eine Menge Fragen, wodurch ihre ausgeprägten Kenntnisse in den Bereichen Wirtschaftstheorie und EU-Angelegenheiten aufgezeigt wurden. In der Diskussion zeigte sich, dass der Fokus auf der klassischen Wirtschaftstheorie liegt, während auf EU-Ebene dem Innovationsprozess eine sehr große Aufmerksamkeit beigemessen wird. Zentrale Faktoren des modernen Wachstums sind Innovationen und die Effizienz von Netzen, die wiederum von der Qualität der Bildung und der Technologie abhängig sind. Die Bildungssysteme stellen einen immer wichtigeren Faktor dar, wenn es darum geht, Wirtschaftswachstum herbeizuführen und die Qualität und Bedeutung der Hochschulbildung zu verbessern; sie stehen an oberster Stelle der Prioritätenliste für eine Politik des wirtschaftlichen Übergangs. Im Rahmen des Abkommens der Ukraine mit der EU werden sämtliche institutionellen und wirtschaftlichen Mittel bereitgestellt, die für die Umsetzung dieses Übergangs erforderlich sind.

Am Nachmittag wurden wir von den Studierenden eingeladen, ihren Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Akademie beizuwohnen. Dies bot eine Gelegenheit, die akademischen Traditionen kennenzulernen und die Ansichten der Studierenden zu vernehmen, was ihre eigene Zukunft, die Zukunft der Ukraine, Auswege aus der derzeitigen Situation im Land und die Zusammenarbeit mit der EU betrifft.

Am zweiten Tag des Besuchs wohnten die Akademiker und Sachverständigen der Ukrainischen Vereinigung für Europäische Studien einer Grundsatzrede bei, deren Titel „Ukraine between the EU and the Eurasian Union: Future challenges“ (Die Ukraine zwischen der EU und der Eurasischen Union: künftige Herausforderungen) lautete. Die Ukrainische Vereinigung für Europäische Studien wurde 2006 gegründet. Sie verbindet Sachverständige, Akademiker, Lehrkräfte und Führungskräfte von nichtstaatlichen Organisationen im Bereich der Europäischen Studien in der Ukraine und ist Gastgeber des ukrainischen Jean-Monnet-Netzes. Jedes Jahr beruft die Ukrainische Vereinigung für Europäische Studien ihre Mitglieder sowie Akademiker, Führungskräfte von nichtstaatlichen Organisationen und Sachverständige im Bereich der Europäischen Studien aus mehr als zwanzig Regionen der Ukraine und dem Ausland ein, um wissenschaftlichen Konferenzen und Praxis-Workshops beizuwohnen, damit bewährte Verfahren in Lehre und Forschung bei den Europäischen Studien in der Ukraine und im Ausland ausgetauscht werden. Die diesjährigen Themen der Workshops bildeten das Programm Erasmus+ und die Reform des Bildungssystems in der Ukraine.

Die Ukraine kann von den Bildungssystemen der EU-Mitgliedstaaten lernen. Ein Leistungsvergleich, wechselseitiges Lernen und der Austausch bewährter Verfahren können – auf der Grundlage von einzelnen Beispielen oder eines horizontalen Überblicks über durchgeführte Reformen – von Nutzen sein. Zwar ist es für Regierungen nicht möglich, das Humankapital direkt zu erhöhen, jedoch können sie günstige Rahmenbedingungen für Investitionen in die eigene Entwicklung schaffen. Die Qualität der Institutionen und der Politik steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Qualität des Humankapitals, der Demokratie und des Rechtsschutzes. Die soziale Infrastruktur, etwa Schulen und Forschungszentren, können dazu beitragen, Humankapital zu verwirklichen und nachhaltiges Wachstum sicherzustellen.

Margarita STARKEVICIUTE
(ALDE 2004-2009)

KOSOVO: TERRA INCOGNITA – EINE VERGESSENE GESCHICHTE

Vor und nach den Abkommen von Dayton von 1995 zeigten Politiker, Diplomaten und Angehörige des Militärs sich blind gegenüber dem Kosovo, wo ethnisch-religiöse Machtkonflikte einen Zyklus von Gewalt auslösten und die Geschichte des Landes bestimmten. In Dayton stand der Kosovo nicht zur Debatte.

Am 28. Juni 1389 wurde auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) in der Nähe von Pristina der serbische Prinz Lazar durch türkisch-osmanische Streitkräfte besiegt; damit soll die türkische Herrschaft angefangen haben. Das großserbische Königreich, das sich um 1350 über Albanien, Mazedonien und den Norden Griechenlands erstreckte, musste bereits 1371 bei Marica in Bulgarien eine herbe Niederlage gegen die Osmanen einstecken. Die Auflösung Serbiens war 1389 bereits weit fortgeschritten. Die Nachfolger Lazars erkannten die Souveränität der Osmanen an und verhielten sich bis zur endgültigen Angliederung 1459 als gefügte Vasallen.

In Lazar fand die orthodoxe Kirche einen echten Märtyrer und Schutzpatron für das serbische Volk. Erst im 19. Jahrhundert diente der Mythos von Kosovo Polje mit einem neuen Lazar-Kult der Sensibilisierung zur Wiederherstellung des Königreichs. Mit dem Gedenken an die Schlacht auf dem Amselfeld 1889 wurde der Mythos der Niederlage in eine historische Tatsache umgedeutet, die den Hass gegen die kosovarischen Albaner schürte. Diese galten fortan als die eigentlichen Verantwortlichen für die Niederlage und die Vorherrschaft der Osmanen.

Durch den Zerfall des Osmanischen Reiches auf dem Balkan konnte der Nationalismus sich manifestieren. Die Religion – Orthodoxes Christentum gegen Islam – spielte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Serbien, Bulgarien und Griechenland erstanden als Staaten wieder auf. Der albanische Nationalismus führte nach den Balkankriegen 1913 zur Anerkennung des neuen Staates Albanien. Kosovo, wo die Muslime bereits eine große Mehrheit darstellten, blieb infolge russischen Drucks bei Serbien. Die Albaner protestierten frustriert, weil jetzt über die Hälfte der albanischen Bevölkerung auf dem Balkan „vaterlandslos“ war. Der Kosovo-Konflikt war geboren.

Ausgerechnet am Tag des Gedenkens an die Schlacht auf dem Amselfeld am 28. Juni 1914 hallten die tödlichen Schüsse in Sarajewo wider. Wien erklärte Serbien den Krieg. In Kosovo brachen zwischen Serben und Albanern blutige Kämpfe aus. Serbien verlor im Ersten Weltkrieg ein Fünftel seiner Bevölkerung, davon schätzungsweise 100 000 in Kosovo. Die Entente belohnte das Land für seine heroische Rolle mit der Anerkennung des Anspruchs auf Kosovo, das Teil des neuen „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ wurde. Die Vereinigten Staaten riefen das Datum der Schlacht auf dem Amselfeld sogar zum besonderen Tag des Gedenkens an alle im Krieg unterdrückten Völker aus.

Die Bemühungen in der Zeit zwischen den Kriegen, die Zahl der Albaner durch Zwangsemigration und -deportation zu verringern, stellten sich als unwirksam heraus, ebenso wie der Plan, die serbische Sprache im Unterricht verbindlich vorzuschreiben. Im Zweiten Weltkrieg übten kollaborierende Kosovaren Rache an den serbischen Kolonisten. Im befreiten Kosovo fand eine blutige Abrechnung zwischen den albanischen Rebellen und der Armee statt. Für Tito galten keine nationalistischen Erwägungen, sondern einzig und allein kommunistisch-ideologische Beweggründe. Mit der Verfassung von 1974 wurde Kosovo nominell zu einer Republik. De facto blieb das Land eine autonome Provinz, wenn auch mit selbstständigen Verwaltungsorganen, eigener Rechtsprechung, einem eigenständigen Unterrichtswesen, eigenen kulturellen Einrichtungen und einer Nationalflagge, genau wie

Albanien. Die zehn Prozent Serben fühlten sich diskriminiert, während die Kosovaren von Belgrad als Minderheit behandelt wurden. Sie litten unter der trostlosen sozioökonomischen Lage, die sich nach Titos Tod 1980 infolge des drohenden Zerfalls Jugoslawiens noch weiter verschlechterte. Die Spannungen verschärften sich so stark, dass Präsident Milošević 1989 die Autonomie Kosovos aufhob. Der serbische Nationalismus erreichte einen hysterischen Höhepunkt, als Milošević bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an den 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld prophetisch ausrief, die Serben hätten an dem Tag in Kosovo einen historischen Sieg errungen, und dieser Sieg werde nicht der letzte sein. Zehn Jahre später war der Krieg in Kosovo Wirklichkeit. Sein großserbischer Traum endete in einen kleinserbischen Albtraum.

Der Rest ist Geschichte voller Hoffnung.

Jan Willem BERTENS
ELDR (1989 – 1999)

Das Kosovo hat von seinen Politikern und der EU Besseres verdient

Das Scheitern der kosovarischen Politiker, nach der Wahl im Juni eine neue Regierung zu bilden, bremst die Wirtschaftsentwicklung des Landes; zu den zu lösenden Problemen gehören – neben der dringenden Notwendigkeit, die seit einigen Jahren im Land grassierende Korruption zu bekämpfen, – wichtige Beschlüsse über die Energieversorgung des Landes.

Die jungen Menschen im Kosovo sind voller Wut und Enttäuschung über diese Lage; ich bin davon überzeugt, dass sie von ihren eigenen Politikern und von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Europäischen Union, Besseres verdient haben.

Das Kosovo ist ein armes Land ohne Zugang zum Meer, das 2008 seine Unabhängigkeit erklärt hat und teilweise als Staat anerkannt wird, nämlich von 110 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, darunter 23 Mitgliedstaaten der EU, nicht jedoch von Zypern, Griechenland, Rumänien, der Slowakei und Spanien. Offiziell ist es ein muslimisches Land mit einer muslimischen Bevölkerung von etwa 90 %, allerdings wird es häufig als „liberal-islamisch“ beschrieben und es scheint weitgehend säkular geprägt zu sein.

Es handelt sich um ein junges Land mit einer jungen Bevölkerung. Es war ein großes Privileg, so vielen jungen Menschen im Kosovo zu begegnen, an einem Dialog mit Hochschulstudenten teilzunehmen und die friedfertigen Proteste junger Menschen in Pristina zu beobachten, zu denen es nach den gewaltsamen Ausschreitungen bei dem Fußballspiel der „European Champions League“ zwischen Albanien und Serbien kam.

Zahlreiche junge Menschen drückten ihren Ärger darüber aus, dass der visafreie Reiseverkehr auf nur zwölf Staaten beschränkt ist und sie den schärfsten Visumbestimmungen in der Region unterliegen, die restriktiver sind als zu Zeiten des ehemaligen Jugoslawien. Sie empfinden sich mit Blick auf die Visaliberalisierung – selbst im Vergleich zu Serbien – benachteiligt und sind der Ansicht, ungerecht behandelt zu werden und ausgeschlossen zu sein.

Die EU zeigt eine starke Präsenz im Kosovo und bietet dem jungen Land beträchtliche Unterstützung an; die Mitgliedschaft in der EU wird weitgehend als künftiger Weg des Landes angesehen. Obgleich es im Kosovo eine wirkliche Begeisterung dafür gibt, der EU beizutreten, ist dort auch die Einsicht gereift, dass die EU ernsthafte Sparmaßnahmen und eine hohe Arbeitslosigkeit durchlebt und die Bereitschaft zur Erweiterung beträchtlich nachgelassen hat.

Die Vereinigten Staaten üben einen erheblichen Einfluss im Kosovo aus; mit Ausnahme der Partei „Selbstbestimmung“ geben die wichtigsten Parteien allesamt an, eine „Mitte-Rechts-Ausrichtung“ zu vertreten, und scheinen geneigt, zu ihrer proamerikanischen Haltung

zu stehen, wenn es um Wirtschaft und Privatisierung geht. Das Kosovo ist sowohl als „ein künstlicher Staat“ als auch als „ein Gebilde der Vereinigten Staaten“ bezeichnet worden.

Das Kosovo hat nach dem Auseinanderfall des ehemaligen Jugoslawien einen traumatischen Konflikt erlebt. Die Spannungen zwischen Serben und Albanern sind insbesondere im Norden des Kosovo groß und stellen eine Gefahr für die Sicherheit in der Region dar, was die EU ernst nehmen muss.

Trotz der weit verbreiteten Austeritätspolitik in der EU und der Wahl populistischer und rechtsnationalistischer Parteien ins Europäische Parlament, in deren Folge die Begeisterung für Erweiterungen gesunken ist, wird die EU auf weitaus größere Schwierigkeiten stoßen, wenn es auf dem Balkan erneut zu einem Krieg käme. Es wäre angemessen, wenn Jean-Claude Juncker, der neue Präsident der Kommission, seine Aussage überdenken würde, der zufolge es in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung der EU gibt.

Ich würde es mir wünschen, dass die EU eine frühzeitige Gelegenheit prüft, damit mehrere Länder des westlichen Balkan der EU gleichzeitig und als Block beitreten können. Auf diese Weise könnte die EU auf ihre historische Erfahrung bei der Aussöhnung ehemaliger Feinde zurückgreifen, um sie auf die gegenwärtige Lage im früheren Jugoslawien anzuwenden.

Michael McGOWAN
PSE (1984-1999)

HOFFNUNG FÜR KOSOVO – SEIN WEG IN RICHTUNG ZUKUNFT

Meine Ankunft in Priština gab mir Hoffnung. Die Passkontrolle verläuft schnell und reibungslos. Die Taxifahrt zum Hotel verläuft auf direktem Wege und ist wesentlich günstiger als in London. Der Service im Hotel besticht durch Gastfreundlichkeit und Effizienz. Der nahegelegene Platz ist sauber, groß und weiträumig und bietet eine große Auswahl an guten und günstigen Restaurants und Bars, die von jungen, freundlich und fröhlich wirkenden Menschen besucht sind. Alles Zeichen der Hoffnung.

Im weiteren Verlauf unserer Reise kamen erste Zweifel auf. Die jüngsten Wahlen führten bezüglich des Zustandekommens einer Mehrheit zur Bildung einer stabilen Regierung zu einer parlamentarischen Krise. Dies ist jedoch auch in den stabilsten Demokratien des Westens kein unbekanntes Phänomen. Im Bericht der Kommission vom Oktober werden die jüngsten Wahlen im Allgemeinen positiv hervorgehoben. Jeglicher Verdacht, der Kosovo, ein vorwiegend muslimisches Land, sei eine Hochburg für den Islamischen Staat und Extremisten, wird rasch ausgeräumt, nicht zuletzt da ein Großteil der Bevölkerung einen westlichen Eindruck macht. Sowohl Männer als auch Frauen tragen westliche Kleidung, wie T-Shirts und Jeans, und in den Bars bestellen viele Männer Bier oder Wein.

Wirkliche Zweifel kommen erst aufgrund der geografischen Lage auf. Der Kosovo ist ein Binnenstaat. Eines seiner Nachbarländer steht ihm feindlich gegenüber und weigert sich, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen. Es muss klar sein, dass Serbien der EU nur dann beitreten kann, wenn all diese Hindernisse aus dem Weg geräumt sind.

Weitere ernsthafte Zweifel werden durch die Tatsache aufgeworfen, dass die Wirtschaft des Landes noch einen weiten Weg vor sich hat, bevor sie sich ernsthaft im EU-Binnenmarkt behaupten kann. Sie hängt stark von externen Finanzhilfen, die von internationalen Organisationen wie der Weltbank geleistet werden, sowie von der EU und den Vereinigten Staaten ab. Abgesehen vom Bergbau können nur wenige Industriezweige als

wettbewerbsfähig angesehen werden. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Ein Großteil der Steuereinnahmen wird aus Zöllen bezogen. Zu oft wird, was äußerst bedenklich ist, das Wort „Korruption“ gebraucht, nicht zuletzt in Verbindung mit Geschäftsleuten. Darstellungen der Kommission zufolge ist Korruption in vielen Regionen vorherrschend. Der Kosovo hat sich nicht mit der Verwaltung öffentlicher Finanzen befasst. Ungeachtet der Bemühungen herausragender Organisationen wie des Europäischen Investitionsrats ist es noch ein weiter Weg, bis mit ausländischen Investitionen gerechnet werden kann.

Der letzte Zweifel steht in Verbindung mit der Frage, ob das Land sämtliche Kriterien für den Beitritt zur EU erfüllen kann. Diese bestehen im Wesentlichen in der Gewährleistung stabiler und gerechter Beziehungen zwischen den einzelnen Volksgruppen. Aus dem Fortschrittsbericht von Oktober geht hervor, dass zwar in einigen Bereichen Entwicklungen zu beobachten sind, jedoch eine neue Dynamik benötigt wird.

Dieser Standpunkt bezieht sich eindeutig nicht nur auf die im Kosovo erzielten Fortschritte, sondern auch auf die Europäische Union. In der EU wird nachvollziehbare Besorgnis über das Thema Einwanderung bekundet. Die Schengen-Staaten haben restriktive Visabestimmungen für Kosovo eingeführt. Das Vereinigte Königreich tat es ihnen gleich und führte zudem eine hohe Visagebühr sowie ein langwieriges Verfahren ein, in dessen Rahmen die Visumanträge einem Unternehmen in Warschau übermittelt werden müssen. Noch bevor Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Kommission ernannt wurde, gab er bekannt, dass es in den nächsten fünf Jahren nicht zu einer EU-Erweiterung kommen würde, und vermittelte auch keine Vision über ein derartiges Vorhaben. Die Kommission muss den Antragstellern Hoffnung geben, indem sie einen Fahrplan für die Mitgliedschaft in der EU ausarbeitet.

Vielleicht gibt es keine Hoffnung? Die Balkanstaaten waren möglicherweise eine Büchse der Pandora, jedoch birgt diese auch immer ein Fünkchen Hoffnung. Im Falle Kosovos besteht die Hoffnung im klaren Streben der Bevölkerung nach Mitgliedschaft in der EU. Dies ist ein Anreiz für Verbesserungen und Reformen. Viel wichtiger ist jedoch, dass die jungen Menschen, die ich kennengelernt habe, vor allem diejenigen, die während der Kammerfestspiele in Priština mit Begeisterung Stücke von Mozart und Vivaldi gespielt haben, ein Recht auf Hoffnung haben.

Robert MORELAND
PPE-DE (1979-1984)

DER KOSOVO: GEGENSÄTZE UND WIDERSPRÜCHE

Ja, folgende Aussagen treffen auf den Kosovo zu:

- Im Kosovo wird ähnliche Kleidung getragen wie bei uns.
- Die Muslime im Kosovo üben ihre Religion so wenig aus wie die Christen ihre Religion bei uns.
- Die Sauberkeit der Straßen ist ähnlich wie bei uns.
- Die Ernährung im Kosovo ist abwechslungsreich und hervorragend.

Durch die von uns geführten Interviews haben wir jedoch von komplexen, gegensätzlichen und häufig widersprüchlichen Situationen erfahren, die über diese Oberflächlichkeiten hinausgehen. Der Kosovo ist aus folgenden Gründen ein merkwürdiges Land:

- Das Land hat „unnormale“ Grenzen, da 100 % der Serben, die im Norden des Kosovo leben, die Angliederung an Serbien wünschen.
- Man sieht hunderte (tausende?) Fahrzeuge ohne Nummernschilder.
- Man kann alle fünf Jahre seine Identität wechseln.
- Ein Teil des Katasters ist abhandengekommen, und es ist daher manchmal schwierig, sein Eigentum nachzuweisen.
- Das Mindesteinkommen beträgt 170 EUR pro Monat, Kraftstoff kostet 1,20 EUR pro Liter, die Arbeitslosenquote liegt bei 50 %, und dennoch sind viele hochwertige Fahrzeuge auf den Straßen zu sehen.

In den vergangenen Jahrhunderten stand der Kosovo (Sollte man von einem Land, einer Provinz oder einer Region sprechen?) fast immer unter fremder Herrschaft: von den Römern über die Serben, Türken und Österreicher bis hin zu Tito.

Es stellt sich daher folgende Frage: Kann der Kosovo auf Dauer ein unabhängiger Staat sein? Mit der Europäischen Union wird dies möglich

- dank umfassender Finanzhilfen (die höchste Unterstützung pro Einwohner weltweit) und
- dank der beeindruckenden Arbeit der 2000 Mitglieder der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union (EULEX), die die gesamte Verwaltungsstruktur des Landes aufbauen.

Auf diese Weise hat der Kosovo in den letzten sechs Jahren bemerkenswerte Fortschritte verbuchen können.

Die historischen, ethnologischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Gegebenheiten haben jedoch einen starken Einfluss auf diesen Aufbau des Landes, das weiterhin sehr anfällig ist.

Ja, die Europäische Union hat zu Recht im Kosovo eingegriffen, und sie sollte ihre Präsenz im Land aufrechterhalten. Denn wenn sie dies nicht tut, explodiert das Pulverfass auf dem Balkan erneut, so komplex, gegensätzlich und widersprüchlich ist die Lage in dem Land.

Jean Marie BEAUPUY
ALDE (2004-2009)

KOSOVAREN LEIDEN UNTER VISUMPFLICHT

Das VEM-Bulletin (B) richtet Fragen an Henrik Lax (HL), MdEP von 2004–2009 (ALDE), Berichtstatter für die Reform der Visabestimmungen 2009

B: Wie sehen Sie die Chancen für Kosovo im Hinblick auf die Liberalisierung der Visabestimmungen?

HL: Im Vergleich zu ihren Nachbarstaaten im Balkan, denen visumfreier Zugang zum Schengen-Raum gewährt wurde, befinden sich die Einwohner Kosovos derzeit in einer schwierigen Abseitsstellung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können sie ausschließlich in das Hoheitsgebiet von Albanien, Mazedonien, Serbien, der Türkei und der Malediven ohne Visum einreisen!

Die derzeitige Lage wird weitgehend als Diskriminierung angesehen, was dazu führt, dass die Visaliberalisierung in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert wird.

B: Wie wichtig wäre es für Kosovo, die Visaliberalisierung zu erhalten?

HL: Die Zukunft Kosovos hängt im Wesentlichen davon ab, den Einwohnern einen guten Grund zur Annahme zu geben, dass sie in der Lage sein werden, die Entwicklung, die Dynamik und den Fortschritt ihres Landes in Gang zu setzen. Es ist wichtig, die Wirtschaft anzukurbeln und Institutionen aufzubauen, um die Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit zu erfüllen. Hierzu bedarf es eines umfassenden und regelmäßigen Kontakts mit Sachverständigen, Investoren und Verantwortlichen in der EU. Die derzeitige Isolation, die auf die Schwierigkeiten bei der Beantragung von Schengen-Visa zurückzuführen ist, wirkt sich besonders negativ auf die Stimmung der Kosovaren und auf ihre Chancen aus, ihre instabile Gemeinschaft zu konsolidieren.

B: Welche Risiken birgt die Aufhebung der Visumpflicht für die EU?

HL: Organisierte Kriminalität sowie Menschen- und Drogenhandel stellen Probleme dar; ihre Ausmaße sind jedoch kaum schlimmer als in den Nachbarstaaten. Der Kosovo scheint sogar von einem Teil der mutmaßlichen organisierten Kriminalität nicht betroffen zu sein. Es besteht die Gefahr, dass die Bewertung der Fortschritte, die der Kosovo derzeit bei der Einhaltung der im EU-Fahrplan zur Liberalisierung der Visabestimmungen festgelegten Anforderungen verbucht, durch die negativen Erfahrungen, die bei der Gewährung der Visaliberalisierung für andere Balkanstaaten gemacht wurden, und die Angst vor Kriminalität, die überschätzt wurde, verfälscht werden könnte.

Der Kosovo ist dabei, Abkommen über die Rückübernahme und die Wiedereingliederung mit einem Großteil der EU-Mitgliedstaaten umzusetzen. Darüber hinaus werden bei der Verbesserung der Grenzverwaltung Fortschritte erzielt; es wurden Anstrengungen zur Ausstellung von biometrischen und anderen zuverlässigen Dokumenten unternommen usw.

Armut und Arbeitslosigkeit stellen wirkliche Probleme dar und veranlassen die Menschen dazu, nach einer besseren Zukunft in der EU zu streben. Aus diesem Grund ist es schwer nachvollziehbar, wieso Frankreich Asylbewerber aus dem Kosovo ermutigt, indem es ihr Land weiterhin in seiner Liste der unsicheren Staaten führt.

Korruption und eine schwache Justiz halten potenzielle Investoren zurück. Der wirtschaftliche Fortschritt und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die den Antrieb für Migration verringern würden, werden dadurch beeinträchtigt. Eine unzureichende Energieversorgung erschwert den Aufbau der Wirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zusätzlich.

B: Wie würden Sie die Lage generell beurteilen?

HL: Die Präsenz der internationalen Gemeinschaft, die durch EULEX und KFOR sichergestellt wird, wird noch für eine gewisse Zeit von Bedeutung sein. Der Aufbau der Institutionen und die Stärkung der Stabilität sind Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Fortschritt; dies gilt auch für den visafreien Zugang zur EU. Stabile Verhältnisse auf dem gesamten Balkan könnten dem Kosovo dabei helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Daher

wäre es wichtig, dass auch Belgrad und Tirana von der EU einbezogen werden, um auf dieses Ziel hinzuwirken.

Im Gegensatz zu den anderen Balkanländern ist im Kosovo die Kommission für die Visaliberalisierung zuständig. Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass dem Kosovo dadurch restriktivere Anforderungen auferlegt wurden. Es liegt im Interesse der Balkanhalbinsel und der EU, Kosovo auf die Beine zu bringen. Die Verwirklichung dieses Ziel wäre mit weniger Aufwand verbunden, wenn die Unabhängigkeit des Kosovo von sämtlichen Mitgliedstaaten der EU anerkannt würde.

Die Wirtschaftssituation Kosovos 15 Jahre nach Kriegsende

Kosovo mit seinen fast 2 Mio Einwohnern sollte eigentlich mit den vielen internationalen Programmen zur Befriedung und Entwicklung eine transparente Wirtschaft aufgebaut haben, aber nach dem Europäischen Investoren-Rat, ein Zusammenschluss der wichtigsten Investoren Kosovos versickern viele Gelder in Korruption und ineffektivem Verwaltungssystem.

Die gut vorbereitete Studienreise der ehemaligen EP-Abgeordneten brachte mit ihren vielen Begegnungen und Interviews politisch und wirtschaftlich relevanter Entscheider ein gutes Bild, was mit den Beschwerden der Investoren über endlose administrative Bürden, der Diskrepanz zwischen geschriebenen und durchgesetztem Recht – mehr als 10.000 Wirtschaftsprozesse hängen an den Gerichten - und anderen im Gegensatz zu den Nachbarstaaten Mazedonien, Montenegro und Serbien nicht gesetzten Investorenanreizen gemeint ist.

Die einmal, vor 7 Jahren in die Regierung gekommene Partei PDK (36% Wählerstimmen in 2014) will – so ihre Aussage - unter allen Umständen an der Macht bleiben, auch wenn sich 3 andere Parteien (63%) dagegen stellen. Gerade die politische Instabilität, die Rechtsunsicherheit und das Misstrauen, jeder gegen jeden- aus dem viel Korruption und Kapitalexpert entstehen, führen zu einem Exodus von Menschen, die Arbeit suchen. Ob allerdings Kosovo international als 'unsicherer Staat' gelten muss, so dass bei uns Asylanträge gestellt werden können, ist nach unserem Eindruck der friedlichen Kooperation zwischen ethnischen Gruppen, auch an der nördlichen Grenze zu Serbien, zu hinterfragen.

Wenn die Regierung allerdings bei einem 1,5 Mrd € Budget Vorzeige Objekte, wie eine Autobahn nach Tirana für 25 Mio bevorzugt gegenüber Investitionen in Bildung und andere Infrastruktur , zeigt es die Verbohrtheit einiger Politiker, die ähnlich wie in Rumänien sich mit populären Gesten an der Macht halten wollen; denn die Hinwendung zu Albanien ist besonders bei den Jüngeren erwünscht, die langjährige Zuordnung Kosovos zu Serbien wird als historischer Fehler angesehen.

Der letzte von der EU-Botschaft in Pristina erstellte ‚Fortschrittsbericht‘ gab die Zuschüsse von 2007-2013 mit 673,9 Mio € an, also 600,-€ per Pers.p.a., vielfach Unterstützung für Programme wie ‚reintegration of displaced persons‘ nach dem Krieg. Er kritisierte u.a. die schlecht gelaufene Privatisierung von Staatsbetrieben, meistens Cooperativen, obwohl man in den vorangegangenen Transitwirtschaften der Ost-Europäischen Staaten wie Polen und Ungarn die Bedeutung des Investorenrechts und einer vollständigen Privatisierung für den Weg zur Marktwirtschaft erkannt hatte.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich von 3,4 % in 2012 auf 2,8 in 2013. Die 70 Mio € Eu-Subventionen brachten das Land auf 11% vom EU-Durchschnitt, das Handelsdefizit ist bei 31%, das Haushaltsdefizit bei 6,4% vom BSP.

Vielleicht sollten wirklich wie in der nördlichen Stad Mitrovica , wo der Bürgermeister aus Holland in seine Vaterstadt zurückkehrte einzelne Persönlichkeiten spektakulär gegen die Korruption auftreten, wie auch die EU-Institution Eulex ,die gegen die Korruption und für bessere Rechtsdurchsetzung kämpft.

Auch die Wiederherstellung von Eigentumsrechten und die Klärung der im Kommunismus gefälschten Kathaster spielt bei der Aufarbeitung der Kriegsschäden und der Ermunterung von Existenzgründungen eine Rolle.

Das Treffen mit den Gewerkschaftsführern zeigte die Lücke im Arbeitsrecht auf, das solange eine über 40% Arbeitslosigkeit besteht, nicht durchsetzbar erscheint.

Auch die verschiedenen Maßnahmen zur Befriedung wie Kfor mit 5000 Personen, darunter 500 Deutsche Militärs sollten zur verbesserten Entwicklung beigetragen haben, um die Mission bald zu beenden, denn das Land kann auf die Dauer die ständige legale oder illegale Auswanderung der Bevölkerung nicht verkraften. Die Frage ist zur Zeit, ob dies nicht noch bei VISA-freiheit , zu der Verhandlungen mit EU geführt werden, sich verstärkt.

Ursula Braun Moser
PPE-DE (1984-1989; 1990-1994)

Energie für die Zukunft

Bei warmem, sonnigen Wetter ist in Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, kaum etwas davon zu spüren, dass dieses Land, das kürzlich seine Unabhängigkeit erlangt hat, immer noch unter den Folgen des Krieges, ethnischen und religiösen Konflikten und der nicht vollständigen Anerkennung seiner Unabhängigkeit durch Serbien leidet. Doch auch der elegante Boulevard, der zu dem eindrucksvollen Regierungssitz führt, spiegelt kein erfolgreiches und anhaltendes Wirtschaftswachstum in diesem Land wider, dessen BSP nur ein Drittel des EU-Durchschnitts beträgt.

Der Krieg hat sich eindeutig auf die Energiesituation des Landes ausgewirkt, besonders was die Elektrizitätsversorgung anbelangt. Die Situation wird weiter verschärft durch eine Explosion, die sich kürzlich im Kraftwerk Kosovo A, dem ältesten Braunkohlekraftwerk des Landes, ereignet hat, das nun mit nur 30% seiner Produktionskapazität von 430 MW weiter betrieben wird. Kosovo B, eine modernere Anlage, hat eine Kapazität von 530 MW.

Seit einiger Zeit besteht ein Plan für den Bau eines dritten Kraftwerks; im Zusammenhang mit diesem Projekt kam es jedoch immer wieder zu Verzögerungen, und die geplante Produktionskapazität wurde von 1000 MW auf 600 MW reduziert. Damit kann nur das Kraftwerk Kosovo A ersetzt werden, das aus Umweltgründen so bald wie möglich geschlossen werden sollte.

Wie es heißt, liegen derzeit im Rahmen der Ausschreibung für Kosovo C vier Angebote zur Prüfung vor, eine Entscheidung kann jedoch erst getroffen werden, wenn eine neue Regierung im Amt ist. Nun ist der Winter nah und drastische Einschränkungen bei der Elektrizitätsversorgung sind mehr als sicher. Ohne eine sichere und ausreichende Elektrizitätsversorgung kann die wirtschaftliche Entwicklung kein ausreichendes Wachstum hervorbringen, das es dem Kosovo ermöglicht, mit den anderen Balkanstaaten gleichzuziehen.

Wenngleich ein Braunkohlekraftwerk unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes keine wünschenswerte Option ist, wäre doch eine neue Anlage, die sich die modernste Verbrennungstechnologie zunutze macht - unter Vermeidung von Verbrennungsabgasen und Feinstaub - gegenüber dem derzeitigen Kraftwerk Kosovo A eine große Verbesserung. Jedoch müssen über das Kraftwerk Kosovo C hinaus Produktionskapazitäten geschaffen werden, um den Bedürfnissen einer expandierenden Wirtschaft gerecht zu werden.

Das Ministerium für Energiefragen ist Teil des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung. Die Erfahrungen in meiner Heimatregion, die unter der Schließung ihrer Werften und Kohlebergwerke schwer gelitten hat, haben mir gezeigt, dass es viele Jahre dauern kann, bis neue Projekte eine durchschlagende Wirkung entfalten.

Das Kosovo hat einerseits einen großen Bedarf an Elektrizitätserzeugung und besitzt andererseits umfangreiche Braunkohlereserven, und die Effizienz der Produktion und die Verringerung ihrer Umweltauswirkungen können ebenfalls zum wirtschaftlichen Wert dieser Ressource beitragen. Gleiches gilt für die Bodenschätze im Norden des Kosovo, die wir bei unserem Besuch in Mitrovica sahen.

Darüber hinaus gibt es Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Effizienz des Elektrizitätsversorgungssystems nicht nur für die derzeitigen Verbraucher, sondern auch für die Versorgung ausgewiesener Gebiete mit industrieller und kommerzieller Entwicklung. Langfristig sollte die Möglichkeit, eine Versorgung mit Erdgas zu gewährleisten, erforscht werden. Dies könnte eine Alternative zur Verwendung von Braunkohle in Kraftwerken und zu dem allgemein üblichen Heizen mit Brennholz in den Privathaushalten sein. Ferner besteht die Möglichkeit, andere Energiequellen mit geringem CO₂-Ausstoß wie Wind-, Solar - oder Wasserkraft zu erschließen und dabei heimische Unternehmen zu fördern.

Das Kosovo muss jedoch den derzeitigen Stillstand im Verfassungsprozess überwinden, damit die Regierung eine Zukunft des Wachstums planen kann, die mehr auf ihren eigenen Bemühungen gründet und weniger von externen Finanzierungsquellen abhängt.

Gordon ADAM
PSE (1979-2004)

Vor einigen Monaten stellte das Europäische Parlament fest, dass das Kosovo „weltweit pro Kopf den größten Betrag an finanzieller Unterstützung durch die EU“ erhält. Mit dieser Unterstützung soll ein „Rechtsstaat“ geschaffen werden, jedoch löst sie im Parlament „Besorgnis“ aus, da es ihr an „Wirksamkeit mangelt“. Zu den wichtigsten Hindernissen, durch die die Unterstützung beeinträchtigt wird, zählt das Problem mit der serbischen Bevölkerung.

Grundsätzlich ist die Lösung dieses Problems einfach, da die Serben eine sehr kleine Minderheit ausmachen: Nach der jüngsten Volkszählung sind es 6 % der Gesamtbevölkerung. Die albanische Mehrheit (90 %) hat nichts zu befürchten. Darüber hinaus haben Sachverständige der Europäischen Union dafür gesorgt, dass die Rechte der Serben strikt eingehalten werden: Als Bürger sind sie gleichberechtigt, ihre Sprache wird in allen öffentlichen Urkunden, einschließlich im Bildungswesen, anerkannt, die serbischen Wähler sind im Parlament mit zehn von insgesamt 120 Abgeordneten vertreten, ihr Besitz an Grundstücken und Eigentum wird gesetzlich garantiert und ihre kulturellen und religiösen

Bauten sind staatlich geschützt. Wir konnten die ordnungsgemäße Umsetzung all dieser Maßnahmen feststellen.

Woher rühren dann die Bedenken Brüssels? Sie sind darauf zurückzuführen, dass mit den finanziellen und legislativen Bemühungen der EU nicht vermocht wurde, den Abgrund an Misstrauen zu überwinden, der die beiden Volksgruppen trennt. Die Albaner bewahren eine schreckliche Erinnerung an die Hinrichtungen, Bränden und Zerstörungen von Dörfern, die ihren Befreiungskrieg geprägt haben. Die Serben können sich nicht damit abfinden, ihre Vormachtstellung verloren zu haben, und wohnen der Entweihung ihrer ältesten Heiligtümer mit ohnmächtiger Entrüstung bei. Und auch sie zählen ihre Toten und Vermissten. Als ob die Vergangenheit nicht ausreichte, damit sich die Volksgruppen aus dem Weg gehen, führt sie die Zukunft noch weiter voneinander weg: Die Albaner schauen auf Tirana, während die Serben ihren Blick nach Belgrad richten.

Zwar herrscht im Kosovo seit zehn Jahren Ruhe, jedoch würden die von der Europäischen Union durchgesetzten rechtlichen Vorkehrungen wahrscheinlich nicht ausreichen, um einen erneuten Ausbruch von Gewalt zwischen den beiden Volksgruppen zu verhindern. Der gesamte westliche Balkan wäre erschüttert. Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union wäre verspielt.

Was tun? Die Verantwortlichen von EULEX, mit denen wir uns getroffen haben, denken an eine radikale Lösung: die Teilung des kosovarischen Hoheitsgebiets. Im Norden des Flusses Ibar, in einem von tiefen Tälern durchzogenen Bergland, ist eine Bevölkerung ansässig, die beinahe ausschließlich serbisch ist. Sie unterhält direkte Verbindungen zu Serbien und verhält sich so, als sei sie ein Teil davon. Sie entrichtet keinerlei Steuern an die Regierung in Pristina, hält keines ihrer Gesetze ein und überquert niemals die Brücke, die in Mitrovica über den Fluss Ibar führt. Es wäre von Vorteil, die vollendeten Tatsachen anzuerkennen und diese Enklave (15 % des kosovarischen Hoheitsgebiets) unter die Hoheitsgewalt Belgrads zu stellen. Südlich des Flusses leben die Serben weiterhin in kleinen dörflichen Gemeinschaften, die in sich geschlossen sind. Da keine Zukunftsaussichten bestehen, wandern die jungen Menschen ab, sodass diese Dorfgemeinschaften einem langsamen Niedergang anheimfallen werden.

Eine solche Option würde eine Änderung der Grenzen erfordern, die von den Europäern und Amerikanern 1999 feierlich garantiert wurden. Falls dies allerdings dazu führt, dass sich das Verhältnis zwischen Serben und Albanern dauerhaft entspannt, der Weg zur Zusammenarbeit zwischen Nachbarstaaten geebnet und schließlich der Eintritt beider Länder in die Europäische Union erleichtert wird, wäre ein solcher Politikwechsel nicht dem Status quo vorzuziehen?

Michel PINTON
NI (1993-1994)

Fünfmal am Tag ruft der Muezzin – wie islamisch ist der Kosovo?

Die Moscheen sind nicht zu übersehen, der fünfmalige Lautsprecherruf des Muezzin am Tag ist nicht zu überhören – aber der Blick ins kosovarische Leben vermittelt nicht den Eindruck, in einem islamischen Land zu sein. Auf öffentlichen Plätzen werden zu den Gebetszeiten nicht etwa Teppiche ausgerollt, an deren Rändern die Männer ihre Schuhe ablegen, um Allah anzurufen, wie ich das etwa von Ägypten kenne. Der Kosovo heute ist ohne Frage ein säkulares Land, nicht nur weil Artikel 8 der Verfassung das festschreibt.

Trotzdem treibt manche die Frage um, wie viel Fundamentalismus drohen könnte. Die Osmanen haben in Jahrhunderten nicht geschafft, das vordem katholische Kosovo (und Albanien)

zu einem strengen Islam zu bekehren. Heute rechnen sich zwar gut 90 Prozent der Kosovaren dem Islam zu, er tritt jedoch sehr gemässigt auf. Am zentralen Platz in der Innenstadt gibt es einen riesigen Konsumtempel einer italienischen Modemarke, der Laden für islamische Frauenkleidung und Hijab in der Nähe einer Moschee ist jedoch beruhigend klein. Mag sein, dass es früher noch weniger Kopftücher gab: auch heute sieht man sie nur sehr vereinzelt. In jeder deutschen, französischen, britischen oder schweizerischen Großstadt kommen sie weitaus häufiger vor. Auch erhalten Kinder seit jeher albanische und nicht etwa islamische Vornamen.

Der Ursprung des liberalen Islam liegt in einer Form des Sufismus, die den Balkanbewohnern den Übergang vom Katholizismus zum Islam erleichterte und ihnen die strengen Regeln

des Koran ersparte. Der Sufismus ist eine pantheistische Form des Glaubens, der Brücken zwischen verfeindeten Religionen und Denkschulen bauen kann. Mohamed IV, König von Marokko, pflegt gezielt den Umgang mit Sufis zur Unterstützung im Kampf gegen Fundamentalisten. Die Gebetshäuser der Sufis, auch Derwische genannt, heissen Tekke und sind im Kosovo in grosser Zahl zu besuchen. Nicht-Moslems sind willkommen, denn der „moderne Sufismus als ‚befreite Spiritualität‘ verbreitet eine einzigartige, religionsverbindende Botschaft von Liebe, Harmonie und Schönheit, die sich an alle Menschen richtet“ (Internationaler Sufi Orden Deutschland e.V.). Es fehlt hier leider der Platz, um dies näher auszuführen.

Die serbisch-orthodoxe Kirche umfasst mit rund sieben Prozent die zweitgrösste Religionsgruppe im Kosovo, was viele historisch bedeutende Kirchen und Klöster mit unersetzlichen

Ikonen und Fresken bezeugen, einige im Rang des Weltkulturerbes. Die politisch fragile Situation erfordert in einigen Fällen noch immer den Schutz von K-For. In der Frage, ob man mit der kosovarischen Regierung zusammenarbeiten soll oder nicht, ist die serbisch-orthodoxe Kirche gespalten. Die älteste Religion, der Katholizismus, ist mit etwa drei Prozent auf die kleinste Religionsgruppe zusammengeschrumpft, hat aber immer noch einen festen Platz in der Gesellschaft nicht nur wegen Mutter Teresa, die mit zahlreichen Strassenbenennungen und Denkmälern geehrt wird. In Prizren befinden sich im Umkreis von hundert Metern eine Moschee, eine byzantinische und eine katholische Kirche, die alle für das historische Erbe und die Religionsfreiheit von heute stehen.

Karin Junker
PSE (1989-2004)

Religionen in Kosovo

1. Islam

Gut 90 Prozent der Kosovaren sind dem sunnitisch geprägten Islam mit Moscheen oder einer Form des Sufismus mit Gebetshäusern namens Tekke zuzurechnen. Zwischen beiden gibt es erhebliche Unterschiede. Der Sufismus, der u.a. in der Türkei verboten ist, kennt keiner Vorschriften wie Beten Richtung Mekka oder Verhüllungsgebote für Frauen nicht, sondern setzt zu spirituellen Zwecken auch Tanz, Musik und Alkohol ein. Auf dem Initiationsweg sind vier Tore zu durchschreiten:

1. Tor des religiösen Gesetzes
2. Tor des mystischen Weges
3. Tor der Erkenntnis
4. Tor der Wahrheit

Diese Tore stehen anstelle der fünf Säulen des Islam:

1. Glaubensbekenntnis zu Gott und seinen Propheten
2. Fünfmaliges, formales Gebet in Richtung Mekka
3. Pflicht zur Spende an Arme
4. Fasten im Monat Ramadan
5. Pilgerfahrt nach Mekka

2. Serbisch-orthodoxe Kirche

Auch sie kennt vier Glaubenssäulen als Grundlage ihres Glaubens:

1. Die „rechte Lehre“
2. Das „vollkommene Leben der Väter“
3. Die Liturgie
4. Die „Symphonie von Thron und Altar“ – das Verhältnis von Kirche und Staat

3. Katholizismus

Die älteste Religion des Balkans. Schon aus dem 2. Jahrhundert werden Märtyrerlegenden berichtet. Die flächendeckende Missionierung erfolgte im 8. Jahrhundert. Die osmanische Besetzung führte zu einer fortschreitenden Marginalisierung. Manche katholischen Gemeinden erleben heute eine kleine Renaissance, was sich an einigen neu erbauten Kirchen besonders in der Gegend um Peja ablesen lässt.

4. Der Kanun

Der Kanun steht nicht für eine Religion, sondern für eine zunächst nur mündliche Überlieferung eines Verhalts- und Ehrenkodexes im nordalbanischen/kosovarischen Bergland, in das die osmanischen Besetzer nur schwer vordringen konnten, so dass dieser althergebrachte Kodex, der auch Blutrache einschliesst, bis heute noch nachwirkt.

Zusammenfassung

Die albanischen Kosovaren sind zum weitaus grössten Teil dem Islam, aber auch zu kleinen Teilen dem Katholizismus zuzuordnen. Die serbische Minderheit gehört ausschliesslich der serbisch-orthodoxen Kirche an. Die Minderheiten Roma, Ashkali oder Ägypter verteilen sich auf alle drei Religion, Kroaten sind katholisch, Bosniaken islamisch.

L'artiste n'est rien sans le don, mais le don n'est rien sans travail (Emile Zola 1840 – 1902)

Oder:

10.000 Stunden und ein wenig Glück (Malcolm Gladwell, 1963):

Wenn Sie nur stets fleißig üben und etwas Glück mit den gesellschaftlichen Umständen haben, dürfen Sie sich Hoffnungen machen. Der Haken? **Nur** wenn Sie stets fleißig üben und etwas Glück mit den gesellschaftlichen Umständen haben, dürfen Sie sich Hoffnungen machen.... Doch sie müssen weiter hart an sich arbeiten – jeden Tag, jede Woche, jedes Jahr. Ein Profipianist hat mit 20 Jahren etwa 10.000 Übungsstunden hinter sich – ein Amateur dagegen nur etwa 2.000 – dafür aber eine Kindheit.

Wir sind bei dem Eröffnungskonzert dabei: Da sitzen sie nun in ihrem Kosova KamerFest 2014 Ensemble vor uns, in der Catholic Church „Saint Anthony“ in Prishtina, sie, die begabten Instrumentalisten, Frauen und Männer, von denen allein 20 unsere herzlichen und großzügigen Gastgeber am Abend vorher im typischen Restaurant Pishat waren! Unter ihnen sind an beiden Abenden bedeutende Solisten: der herausragende Violincellist Frank S. Dodge (USA) und der beeindruckende Bass Martti Wallen (Finnland)! Sie beeindrucken uns nachhaltig! „Mozart & Vivaldi in front of Fauré & Bartok“ erfreuen uns!

Sihana Badivuku ist unsere Ansprechpartnerin; sie ist anerkannte (distinguished) Violonistin und Art Director des International Chamber Music Festivals, das es seit nunmehr 15 Jahren gibt. Mit ihr tritt der angesehene Cellist Werner Schmitt aus Bern auf; er ist u. a. Vizepräsident der International Yehudi Menuhin Foundation, die von unserem derzeitigen FMA-Präsidenten, Enrique Baron Crespo, präsidiert wird.

Das Ensemble formiert sich aus Professoren und Studenten der Art Faculty/Music Section und Kosovo Philharmonikern. Das Festival wird im Allgemeinen gesponsort; unglücklicherweise war es in diesem Jahr besonders schwer, die nötigen Gelder zusammenzubekommen, beklagt Sihana; auch die Botschaften hatten sich teilweise zurückgezogen! Das KamerFest ist kulturelles Highlight; es verdient Unterstützung und Aufmerksamkeit!

Der anhaltende Beifall gehörte den Musikern unter ihrem renommierten Dirigenten Alfredo Oyaguez (Spanien)!

Der gewaltige Umbruch der zivilen Gesellschaft macht auch und gerade vor Künstlern nicht halt – aber sie gerade sind getrieben von der Hoffnung, dass ihr Kosovo die Probleme bei der Regierungsbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen in den Griff bekommt sowie die auf den Nägeln brennenden sozialen Fragen gelöst werden können! Sihana betont, sie alle seien gut ausgebildet sowie willig, zu arbeiten und sich zu engagieren; sie gehen oft nicht nur einer Tätigkeit nach! Wenn überhaupt, so ist Sihana überzeugt, dann ist es die Kraft der Musik, die Berge versetzen kann! Musik schärft unsere Sinne, unsere Wahrnehmungsfähigkeit und soziale Kompetenz!

Musik, Kunst, Literatur als verbindendes Element in einer marktorientierten Welt – das gilt es auch im übrigen Europa neu zu bewerten und zu unterstützen! Der Mensch lebt nicht vom Brot allein! Hier ist auch die internationale Gemeinschaft gefragt! Wir planen, über die Yehudi Menuhin Foundation unsere Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, indem wir

Musiker zu unserer FMA- Gedenkzeremonie 2015 einladen! Ein Tropfen auf einem heißen Stein!

Kosovo verfügt über eine vielfältige und weit zurückreichende Kulturgeschichte. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Albaner, Serben, Türken, Roma, Ashkali, Ägypter, Bosniaken, Kroaten und Tscherkessen) haben die Alltagskultur durch ihre Bräuche und Talente auf reichhaltigste Weise geprägt. Nicht nur Kirchen, Moscheen, und Klöster – Granica ist Weltkulturerbe! – sind beredtes Zeugnis! Welch' ein Fundus, der aber leider vielfach freviligen Zerstörungen oder gedankenlosem Desinteresse ausgesetzt ist!

Noch trotzen die engagierten Musiker dem stark unterfinanzierten kosovarischen Bildungssystem, studieren und lehren ihre Musik – und üben fleißig weiter!

Viel Glück!

Brigitte Langenhagen
PPE-DE (1990-2004)

KamerFest: Unser Treffen mit den Künstlern

KamerFest ist seit mittlerweile 15 Jahren das wichtigste Festival für internationale Kammermusik im Kosovo. Seit es im Jahr 2000 von der ArsKosova-Musikstiftung ins Leben gerufen wurde, hat es sich zu einer bedeutenden Kulturveranstaltung entwickelt, die eine Brücke zwischen kosovarischen Künstlern und bekannten Künstlern aus Europa, Amerika und Asien schlägt.

Die Idee zu dem Festival kam mir 1999, als der weltberühmte Geiger und UNICEF-Botschafter Maxim VENGEROV das Kosovo besuchte. Sein Aufenthalt an unserer Fakultät für Kunst und Musik und seine Meisterklassen für Geigenstudenten brachten mich dazu, auch in unserer Gesellschaft, in der es etwas Derartiges bis dahin nicht gegeben hatte, ein Kammermusikfestival zu begründen.

Dank der Aufenthalte bekannter Künstler und Professoren aus aller Welt im Rahmen einiger besonderer Meisterklassen haben unsere Musikschüler und die Studierenden der Akademie für Musik an der Universität Priština nun die Möglichkeit, exzellente Kenntnisse in klassischer Musik und in Kammermusik zu erwerben.

Als künstlerische Leiterin des Festivals möchte ich im Namen meiner Kollegen, der KamerFest-Mitarbeiter und der ArsKosova-Musikstiftung den ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Anstoß danken, am 12. Oktober bei dem KamerFest-Abendessen mit uns zusammenzukommen, um sich anzuhören, was wir benötigen, um das KOSOVA KAMERFEST weiterzuentwickeln und zu vergrößern, und wie wir als Künstler und Veranstalter bei unseren Kammerkonzerten unterstützt werden können.

Ich möchte mit der Feststellung schließen, dass alle Festivals und Projekte im Bereich der klassischen Musik im Kosovo ein Teil Europas sind, und zwar nicht nur in geografischer, sondern auch in künstlerischer Hinsicht.

Sihana Badivuku

Geigerin und KamerFest-Leiterin

Das Verlangen des Landes und seiner insbesondere jungen Bewohner nach Kunst, Kultur und Musik war überwältigend und inspirierend. Krieg, Angst, und der tägliche Kampf ums

Überleben waren normal für die Bevölkerung, und dass inmitten all dessen Musik und Liveauftritte stattfinden konnten, war etwas ganz Besonderes.

Da es an finanziellen Mitteln fehlt und ein neu gegründetes Land, das sich müht, die Grundeinrichtungen eines demokratischen Staatswesens zu schaffen, aus verständlichen Gründen kaum in der Lage ist, die Künste angemessen zu fördern, ist Unterstützung von außen umso dringender erforderlich.

Nun, da das Kosovo dabei ist, die Folgen des Krieges und der Spaltung der Volksgruppen zu überwinden, ist Unterstützung seitens der Organe der EU von größter Bedeutung und eine wahrhaft gute Investition, da mit ihr dazu beigetragen wird, der jungen Generation im Kosovo Kultur, Kunst, Hoffnung und die Ahnung einer besseren Zukunft zu vermitteln und zugleich der gesamten kosovarischen Gesellschaft etwas zu geben, worauf sie stolz sein kann.

Derek Han

Pianist aus den USA

Im Jahr 2005 besuchte ich erstmals Priština, um die Konzerttournee des Jugend-Sinfonie-Orchesters Konservatorium Bern vorzubereiten, das aus etwa 120 jungen Menschen aus der Schweiz und allen Teilen Südeuropas besteht. Das Orchester war nach Priština eingeladen worden, um dort im Rahmen des von Ars Kosovo veranstalteten internationalen Kammermusikfestivals „KamerFest“ aufzutreten.

Als ich meine Violinistinnenkollegin Sihana Badivuku, eine herausragende Musikerin, und den wunderbaren Violaspieler Blerim Grubi, den stellvertretenden Präsidenten der Stiftung, zum ersten Mal traf, war ich tief beeindruckt. Sie schlugen zahlreiche Musikstudenten aus dem Kosovo zur Teilnahme an der Tournee des Orchesters vor. Diese jungen Menschen hatten nie zuvor Gelegenheit gehabt, ihre Liebe zur Musik mit musizierenden Altersgenossen zu teilen, da ihr Land politisch isoliert war.

Sihana Badivuku ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was selbst unter schwierigsten Bedingungen erreicht werden kann. Das Feuer, mit dem sie für die Werte der Kunst eintritt, steckt an. Und so wurde es mir zu einer überaus wichtigen Aufgabe, das künstlerische Leben in diesem jungen Land zu unterstützen, und zwar insbesondere durch internationale Austauschprojekte im Bereich der musikalischen und künstlerischen Bildung. In der Folge konnten mehrere Initiativen umgesetzt werden, und es wurde vielen Studierenden ermöglicht, zu Meisterklassen und anderen Musikaustauschprojekten in die Schweiz zu kommen. Dabei entstanden viele bilaterale Kontakte, die bis heute aufrechterhalten wurden.

Im Geiste Yehudi Menuhins, der überzeugt war, dass Musik die Welt verändern kann, rief ich im Jahr 2010 das europäische Programm MUS-E®, in dessen Rahmen in 13 Ländern Kunst an die Schule gebracht wird, auch im Kosovo ins Leben.

Daher war ich sehr froh, mit dem Orchester am Eröffnungskonzert von Kamerfest 2014 teilzunehmen. Tiefen Eindruck hinterließen bei mir folgende Worte des Vertreters des Kulturministeriums: „Gott gab uns die Musik, damit wir ohne Wort beten können.“

Werner Schmitt, Vizepräsident der internationalen Yehudi-Menuhin-Stiftung, Brüssel

Es bedeutet mir sehr viel, so viele Künstler zu treffen, von ihnen zu lernen und mit ihnen zu sprechen. Ich stehe immer noch mit vielen von ihnen in Kontakt; das gemeinsame Musizieren mit ihnen, die stets eine enorme Inspiration für mich waren, habe ich sehr genossen. Ich denke, dass dies der Hauptgrund dafür ist, sich nie von der Kunst abzuwenden und als

Musiker weiterzumachen, obwohl ich schon seit jungen Jahren weiß, wie schwierig dieser Beruf ist.

Genta Hoxha

Violaspieler und Mitarbeiter von ArsKosova

Nach dem Krieg von 1999 war unter den Kosovo-Albanern eine geistige Erneuerung zu beobachten. Zuvor hätten wir nicht gedacht, dass wir überleben und eines Tages ein freies Kosovo sehen würden, doch einige kosovarische Künstler aus dem Bereich der klassischen Musik entsannen sich sofort unserer Träume und entschlossen sich, Festivals klassischer Musik auszurichten. Diesen Traum haben wir uns nun seit bereits 15 Jahren erfüllt. Wir haben uns dafür mit Leib und Seele eingesetzt, seit den Anfangstagen 200 Konzerte veranstaltet und Brücken zu Künstlern aus verschiedenen Ländern geschlagen. KamerFest ist für die Gesellschaft im Kosovo von einzigartiger Modellwirkung und versammelt ein wunderbares Publikum.

Prof. Blerim Grubi

Violaspieler und Mitglied des KamerFest-Vorstands

Wir, die Jugendlichen, nicht die Illusion!

Ein im Kosovo häufig anzutreffender Konflikt ist der Versuch, zwischen den Problemen der Bürger im Allgemeinen und der Jugendlichen zu differenzieren. Dies vermittelt konkret das Gefühl, dass die Jugendlichen mit Problemen „besonderer“ Art konfrontiert sind, die sich von denen anderer Bürger unterscheiden. Selbst Parteien verfügen über eigene Jugendforen, die sich vorgeblich mit den „Problemen der Jugend“ befassen. In Wirklichkeit jedoch sind die jungen Menschen im Kosovo mit absolut denselben Problemen konfrontiert wie andere Altersgruppen, da sie ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind.

Die Vorstellung, dass „die Jugend die Zukunft ist“, ist zu einem Klischee verkommen, dem wir allorts begegnen. Mit diesem Schlagwort werden die Jugendlichen – wahrscheinlich unbeabsichtigt – zur Untätigkeit verführt; anstatt sie zu motivieren, die Gegenwart zu gestalten, werden sie nämlich dadurch auf später – auf eine fiktive Zukunft – vertröstet.

Die Entpolitisierung stellt einen weiteren Versuch dar, den Kontrast zwischen der Jugend und der übrigen Gesellschaft weiter aufzubauchen. Des Öfteren vernehmen wir, dass die Jugendlichen unter anderem Sport betreiben, sich der Kunst widmen, jedoch nicht politisiert sein sollten, als ob Sport, Kunst und andere Bereiche von der Politik losgelöst wären! Gewissermaßen ist es so, dass selbst wenn man sich nicht mit Politik befassen möchte, die Politik sich mit einem selbst befasst, da Politik überall ist. Jahr um Jahr macht uns das Syndrom der Gleichgültigkeit zu schaffen. So ist die Politisierung zu einer Notwendigkeit geworden, um als Bürger aktiv zu werden und sowohl der Gleichgültigkeit als auch der propagandistischen Indoktrination die Stirn zu bieten.

Sehr häufig werden die Jugendlichen im Kosovo in einem falschen Licht dargestellt. Anstatt den Problemen auf den Grund zu gehen, haben sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die inländischen Eliten versucht, eine Fassade zu konstruieren, hinter der die wahren Auseinandersetzungen verborgen bleiben. Ein Beispiel hierfür ist die Kampagne „Kosovo – The Young Europeans“ (Kosovo – die jungen Europäer), bei der die Jugendlichen so dargestellt werden, als ob wir sämtliche Probleme behoben hätten und nunmehr in einem Paradies leben würden. In dieser Kampagne findet sich kein Hinweis darauf, dass wir zu den Staaten mit den höchsten Arbeitslosenquoten in Europa gehören. Des Weiteren wird nicht

gezeigt, dass zahlreiche Universitäten hierzulande so konzipiert werden, dass die statistische Zahl der Arbeitslosen gesenkt wird, da sie nun als „Studenten“ gelten. Dies dient für die Betroffenen auch als Selbstrechtfertigung, die, anstatt einzugestehen, arbeitslos zu sein, behaupten, ein Studium zu absolvieren. Dieses Argument wird sogar noch stichhaltiger, wenn wir erkennen, dass die in jenen Universitäten vergebenen Diplome keinen großen Wert besitzen.

Was den regionalen Kontext betrifft, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass die Europäische Union ein Interesse an Stabilität hat. Allerdings ist es überaus wichtig, zu begreifen, dass die derzeitige Stabilität an sich für das Kosovo nicht ausreichend ist. Selbst in einem größeren Zusammenhang bedeutet Stabilität einen Fortbestand des Status quo, wahrscheinlich mit einigen Fortschritten zwar, jedoch ohne viele Höhen und Tiefen. Hier ist zu beobachten, wie Recht um der Stabilität willen geopfert wird, wodurch das Problem nicht wirklich gelöst, sondern einfach nur aufgeschoben wird. So beispielsweise wird uns im Rahmen der kosovarischen Verfassung das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten. Obschon das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ein international anerkanntes Recht ist, verzichten wir darauf, um eine kurzfristige Stabilität aufrechtzuerhalten.

Für uns ist es sehr wichtig, liberale Klischees zu überwinden und den ureigensten Kern der Probleme zu erörtern, ohne sich vor Tabus zu scheuen. Wichtige Errungenschaften entstehen in der Regel aus Konfrontationen und nicht aus der Schaffung von Illusionen. Der Welt muss noch vor Augen geführt werden, dass wir mit anderen Nationen gleichrangig sind und – wie andere Nationen auch – eine würdevollere Herangehensweise verdienen. Unsere Jugend ist in der Lage, die Gegenwart neu zu gestalten, wenn sie sich von den universellen Werten der Selbstachtung, Gleichheit, Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit gegenüber anderen Nationen leiten lässt.

Edison JAKURTI

Das letzte Gefängnis in Europa – Apartheid im Europa des 21. Jahrhunderts

An jenen Tag kann ich mich noch recht gut erinnern. Es war der 17. März 2004. Ich war 12 Jahre alt, ein ganz normaler Junge, der sich nicht wirklich für den Wahnsinn interessierte, der um ihn herum vorging. Ich war gerade auf dem Heimweg, als ich zufällig zur Brücke schaute und sah, wie hunderte von Menschen gerade versuchten, sie zu überqueren, um auf „meine“ Seite zu gelangen. Ich bekam große Angst und rannte so schnell ich konnte. Meine Eltern warteten schon auf mich und stritten gerade darüber, ob es ratsam sei, in der Stadt zu bleiben oder sie und unser einziges Zuhause zu verlassen. Die Albaner versuchten, in den nördlichen Teil meiner Stadt einzudringen, um uns abzuschlachten oder uns im besten Fall nur aus unseren Häusern zu vertreiben. Das habe ich erst Jahre später verstanden. Schließlich war ich nur ein unwissender zwölfjähriger Junge, der es kaum erwarten konnte, nach Hause zu kommen, Fußball zu spielen und seine Hausaufgaben zu machen.

Ich bin Stefan, inzwischen 23 Jahre alt und studiere an der Universität von Priština mit temporärem Sitz in Kosovska Mitrovica. Kosovska Mitrovica ist auch die Stadt, die ich einige Sätze zuvor erwähnt habe. Hier bin ich aufgewachsen, hier hat mich ein Mädchen zum ersten Mal geküsst, hier habe ich unglaublich gerne gelebt. Es ist die Stadt meiner Träume. Dem könnte man entgegenen, ich hätte wahrlich bescheidene Ansprüche. Damit würde man auch nicht falsch liegen. Dennoch habe ich meine Gründe dafür.

Am 17. März 2004 konnte ich diesen ganzen Hass vonseiten der Albaner uns gegenüber, den Serben, nicht wirklich verstehen. Ich fragte mich immer, warum sie 300 000 Serben und Angehörige anderer Minderheiten aus der serbischen Provinz Kosovo und Metochien im Süden vertrieben haben. Waren sie Barbaren? Anscheinend nicht. Sie wollten nur eine

ethnische Säuberung von Kosovo und Metochien erreichen, das war alles. Beinahe hätten sie es geschafft. Heute ist Kosovo und Metochien, das nur unter dem Namen Kosovo bekannt ist, so wie es im Titel des Artikels ausgedrückt ist, das letzte Gefängnis in Europa. Mein Volk, die Serben, wird an dem Ort, den die meisten Länder der EU als unabhängigen Staat anerkannt haben, systematisch diskriminiert. Es ist absolut undenkbar, dass ein solches Konstrukt im heutigen Europa, einem Ort der Toleranz und der Demokratie, existieren und überleben kann. Die meisten Serben wollen nicht in einer Umgebung leben, in der ihre Sprache, ihre Schrift und ihre grundlegenden Menschenrechte tagtäglich missachtet werden. Meiner Ansicht nach wird der Kosovo weder jemals demokratisch sein, noch jemals die grundlegenden Menschenrechte seiner ethnischen Minderheiten achten (Serben, Roma, etc.), da die albanischen Politiker in Kosovo und Metochien ihrem Volk Hass einimpfen, wenn sie ihnen schon kein Brot geben können. Der Kosovo als „Staat“ ist bitterarm; die Arbeitslosenquote liegt bei bis zu 50 %.

Ich fühle mich in meiner Stadt nicht frei. Ich fühle mich wie eine Taube, die nur darauf wartet, abgeschossen zu werden. Die Brücke über den Fluss Ibar, der Kosovska Mitrovica in einen nördlichen (wo ich lebe) und einen südlichen Bezirk (mit einer albanischen Mehrheit) teilt, kann jederzeit überquert werden, und meine Familie, Freunde und alle Menschen, die ich je gekannt habe, könnten kaltblütig massakriert werden. Ich bin der Auffassung, dass Europa darüber Bescheid wissen sollte.

Die systematische Diskriminierung durch die albanische Mehrheit in Kosovo und Metochien ist eine Tatsache, die alle ethnischen Minderheiten alltäglich zu spüren bekommen. Was die Hoffnungen der hiesigen Jugend betrifft, denke ich, dass sich jeder wünscht, eine würdige Arbeit zu haben, für die Familie zu sorgen und zwangsläufig zu versuchen, nicht umgebracht oder entführt zu werden. Da es hier keinen normalen Alltag gibt, gibt es für die jungen Menschen hier auch nicht wirklich etwas, wonach sie sich sehnen könnten. Zunächst müssen sie diesem letzten Gefängnis in Europa entfliehen, und damit meine ich, es zu überleben.

Stefan VELJKOVIC

Ich komme gerne wieder zurück – Meine Beziehung zum Kosovo

Nein, es war nicht meine erste Begegnung mit dem Kosovo. Anders als bei fast allen Mitreisenden gehen meine Kontakte zurück in das Jahr 2000, als meine dreijährige Mitarbeit bei der UN Mission begann. Als Internationale Bürgermeisterin in der Stadt Peja/Pec war ich zusammen mit einem Team aus internationalen und lokalen Mitstreitern zuständig für den Aufbau der lokalen Selbstverwaltung. In einer Zeit, als die Wunden in Herz und Kopf der meisten Menschen noch frisch waren; das Land weitgehend zerstört war, Zeltunterkünfte normal waren, es Strom und Wasser nur zeitweilig gab, Abfallentsorgung nur sporadisch erfolgte, funktionierende Strukturen schlichtweg nicht existierten. Dennoch waren (und sind) die Kosovo-Albaner dankbar für die militärische Intervention der NATO und hofften auf eine bald mögliche Integration in die europäische Staatenfamilie.

Die NATO-Intervention und die Entsendung tausender KFOR-Soldaten hatten in Westeuropa sehr unterschiedliche und heftige Diskussionen ausgelöst. Mit der Zeit hat das Interesse an der Region merklich abgenommen. Berichte in unseren Medien fokussieren auf Informationen über Unruhen zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben, über Korruption oder organisierte Kriminalität und politisch instabile Verhältnisse, trotz erklärter Unabhängigkeit im Jahr 2008.

Das mag erklären, dass fast alle Mitglieder unserer Delegation mit eher gemischten Gefühlen die Reise angetreten haben und eher glaubten „Absurdistan“ zu besuchen als ein rein äußerlich ganz normal erscheinendes Land. Zugegeben, wir haben nur die Hauptstadt und

zwei größere Städte besuchen können und keine ländliche Gegend. Die vielen Einkaufszentren, die neuen Straßen, die Autobahn, der neue Flughafen, die vielfältigen Restaurants mit ihren vorzüglichen Speisen, das prosperierende Äußere erlauben es kaum, zu begreifen, dass Kosovo eines der ärmsten Länder des europäischen Kontinents ist. Die geschätzte Arbeitslosigkeit von 40 bis 50 % bestätigt sich eher durch die Vielzahl der tagtäglich auf dem Boulevard von Pristina flanierenden Menschen als durch sichtbare Armut. Geld aus der Diaspora, aus der EU und der internationalen Gemeinschaft haben das Erscheinungsbild des Landes seit 1999 enorm verändert.

Dennoch bleibt das Bild ein oberflächliches, wollte man das Land nur aus dieser äußerlichen Perspektive beurteilen. Das war auch nicht unsere Absicht. Die vielseitigen Treffen mit den unterschiedlichsten Akteuren der politischen und zivilen Gesellschaft bestätigen das. Deren uns vermittelte Botschaften waren logischerweise subjektiv geprägt, so dass es nicht einfach war, aus all den Fragmenten ein in sich stimmiges Bild zu erhalten.

Ich bin seit 2003 immer wieder gerne in die Region zurück gekehrt als Mitglied der Delegation des EP für Südosteuropa oder auch auf privaten Reisen; vielleicht auch deshalb, weil ich als ehemalige Ostdeutsche einen ähnlichen Transformationsprozess von einem sozialistischen Land in eine freiheitlich- demokratische Gesellschaft persönlich erlebt habe – allerdings mit dem entscheidendem Unterschied, dass unser Startpunkt eine friedliche Revolution war und nicht ein mörderischer Krieg.

Der Prozess der Bildung einer demokratischen Gesellschaft mit dem Aufbau handlungsfähiger, unabhängiger, verlässlicher Institutionen ist kräftezehrend und langwierig, zudem einander zugefügte Wunden einen intensiven Heilungsprozess brauchen. Deshalb brauchen die Menschen im Kosovo (sowie in Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, in Montenegro und Albanien) unsere volle Unterstützung und Begleitung. Jeder Euro, der in die ökonomische Entwicklung und stabile politische Verhältnisse investiert wird, erspart viele hunderte, wenn nicht tausende Euro für militärische Einsätze. Alle Länder sind von Mitgliedsstaaten der EU umgeben; sie sind Teil unseres Kontinentes.

Ein freier Reiseverkehr zum Kennenlernen demokratischer Staaten und unsere unvoreingenommenen Besuche in der Region können einen eigenen Beitrag zur Integration und Verständigung leisten. Auch deshalb kehre ich immer wieder gerne zurück.

Gisela Kallenbach
MEP (2004 – 2009) Grüne/EFA

KOSOVO

An den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments
Dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union und dem EU-Büro war es eine Freude und eine Ehre, den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments bei seinem Besuch im Kosovo zu unterstützen.

Wie Sie selbst sehen konnten, hat der Kosovo bedeutende Fortschritte beim Aufbau und der Stärkung seiner demokratischen Institutionen erzielt. Gleichwohl muss das Land noch einige Herausforderungen bewältigen.

Die letzte Parlamentswahl im Juni 2014 war weitgehend frei und fair und hat – der EU Wahlbeobachtungsmission zufolge – zur Festigung der Demokratie im Kosovo beigetragen. Danach kam es jedoch zu einem Stillstand, wodurch die Konstituierung des Parlaments und die Bildung einer neuen Regierung verhindert wurden. Die institutionelle und politische Reife des Landes wurde somit auf eine schwere Probe gestellt.

Bei der Beurteilung der Fortschritte im Kosovo gibt es Licht und Schatten. Zu den positiven Entwicklungen zählen vor allem die Paraphierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens im Juli 2014, die Erfüllung der Kriterien für den Dialog über die Visaliberalisierung und die Übernahme zusätzlicher Verpflichtungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit durch die örtlichen Institutionen, nachdem die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) umgestaltet wurde.

Wir erwarten, befürworten und arbeiten daran, dass in vielzähligen Bereichen weitere Fortschritte erzielt werden, insbesondere mit Blick auf strukturelle Wirtschaftsreformen, die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz sowie die Annahme des Pakets von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Dank der behutsamen Einwirkung durch die EU gab es bemerkenswerte Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zu Belgrad; ein Ergebnis war das Brüsseler Abkommen von April 2013, auf dessen Grundlage im gesamten Kosovo – d. h. auch in den Gemeinden mit überwiegend serbischer Bevölkerung im Norden des Landes – Kommunalwahlen (und später Parlamentswahlen) abgehalten wurden. Die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien ist eine Voraussetzung für Normalität und Stabilität im Kosovo und in der gesamten Region. Zu den Ergebnissen des von der EU unterstützten Dialogs zählen unter anderem auch die intensivere Beteiligung des Kosovo an Initiativen für die regionale Zusammenarbeit (z. B. am Kooperationsprozess in Südosteuropa), die Einrichtung eines Entwicklungsfonds für die Gemeinden mit überwiegend serbischer Bevölkerung im Norden des Kosovo, der durch Einnahmen an den Grenzübergängen im Norden finanziert wird, sowie die gegenseitige Anerkennung von Diplomen zwischen dem Kosovo und Serbien.

Da die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit eine der dringendsten Aufgaben des Kosovo ist, spielt die EU Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX, deren Mandat bis Juni 2016 verlängert wurde, eine tragende Rolle. Die Mission besteht aus zwei Abteilungen: Die Exekutivabteilung ist für die Untersuchung, Verfolgung und gerichtliche Behandlung von heiklen Fällen zuständig. Die für die Stärkung zuständige Abteilung überwacht, betreut und berät die kosovarischen Amtskollegen in den Polizei-, Justiz- und Zollbehörden. EULEX wurde mehrfach umgestaltet, um den Fortschritten der für die Rechtsstaatlichkeit zuständigen Behörden des Kosovo und ihrer höheren Eigenverantwortung im Bereich Polizei und Justiz gerecht zu werden. Im letzten Jahr führte die gute Zusammenarbeit mit der EU Rechtsstaatlichkeitsmission dazu, dass sich die kosovarischen Behörden dazu verpflichteten, gemäß den Empfehlungen der Sonderuntersuchungskommission ein Fachgericht einzurichten und die erforderlichen gesetzlichen Änderungen umzusetzen.

Obwohl sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren stark verbessert hat, gibt es weiterhin eine ausgeprägte internationale Sicherheitspräsenz, die eine Fülle von Aufgaben wahrnimmt. Der von der NATO geleiteten Kosovo Truppe (KFOR) gehören noch immer knapp 5000 Personen an. Die Ziele der Truppe wandelten sich jedoch mit der Zeit von einer Militärpräsenz, die abschreckend wirken sollte, zu einer Mission, die die örtlichen Behörden dabei unterstützt, ein sicheres Umfeld für alle Bürger des Kosovo zu schaffen. Bei der neuen Aufstellung der Kosovo Truppe wurden die politischen Veränderungen vor Ort und die gestiegenen Möglichkeiten der inländischen Sicherheitsdienste berücksichtigt. Bei Störungen der öffentlichen Ordnung ist zunächst die kosovarische Polizei zuständig, EULEX kommt an zweiter und KFOR an dritter Stelle. Die KFOR greift jedoch nur dann ein, wenn die ersten beiden Instanzen die Angelegenheit nicht selbst klären können. Die Kosovo Truppe hat im Laufe der Jahre die Verantwortung für die Sicherheit verschiedener Stätten, die zum religiösen und kulturellen Erbe zählen, auf die kosovarische Polizei übertragen. Die Kosovo Truppe ist derzeit nur noch am Kloster Visoki Dečani dauerhaft vertreten.

Standpunkte des European Investors Council (Rat europäischer Investoren)

Gesunde und erfolgreiche Unternehmen, die Gewinne erzielen und Arbeitsplätze schaffen, bilden die Grundlage des Wohlstands und des sozioökonomischen Wohlergehens eines Landes. Im Kosovo beispielsweise hängt die Wirtschaft zu einem großen Teil von ausländischen Investitionen ab.

Die Investoren aus der Europäischen Union und den EFTA-Ländern haben in den letzten Jahren beträchtliche Mittelbeträge im Kosovo investiert und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen. Sie haben im Kosovo Geschäftsmöglichkeiten erschlossen, die andernfalls ungenutzt geblieben wären, und haben somit positiv zur nachhaltigen Entwicklung des Landes beigetragen. Sie hätten jedoch noch viel mehr Arbeitsplätze schaffen und weitere Investoren ins Land bringen können, wenn sie nicht beständig gegen eine übermäßige Anzahl administrativer Hindernisse ankämpfen müssten.

Um im Wege eines offenen, konstruktiven und kontinuierlichen Dialogs mit der Regierung des Kosovo auf allen Ebenen aktiv zur Verbesserung des Investitions- und Geschäftsumfelds im Kosovo beizutragen, gründeten 14 bedeutende Investoren aus der Europäischen Union und den EFTA-Ländern im März 2014 den European Investors Council (Rat europäischer Investoren, EIC). Die Initiative wurde vom EU-Büro bzw. dem EU-Sonderbeauftragten im Kosovo – der gemeinsam mit der EBWE zum Ehrenmitglied des Rates ernannt wurde – unterstützt.

Der EIC ist davon überzeugt, dass mit Blick auf die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Kosovo und das im Entstehen begriffene Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen zwischen beiden Seiten nun der Zeitpunkt gekommen ist, die Schwierigkeiten, die Wachstum und Wertschöpfung im Land derzeit beeinträchtigen, wirksam anzugehen.

Reale und nicht zu vernachlässigende Hindernisse

Die EIC-Mitglieder sind der Ansicht, dass das Kosovo eine klare und umfassende Vision und Strategie und einen soliden Plan für ihre Umsetzung benötigt. Heutzutage verhindern ungenaue oder widersprüchliche Rechtsvorschriften, Ermessensspielräume und die unwirksame Durchsetzung der Rechtsvorschriften die Entwicklung verschiedener Branchen der Industrie, wodurch die Bemühungen ausländischer Investoren untergraben werden.

Die Mitglieder des EIC, die im Kosovo investiert haben und jetzt dort tätig sind, sind mit bedeutenden Defiziten des Geschäftsumfelds konfrontiert, die verwaltungstechnische Verbesserungen und Korrekturen in den folgenden grundlegenden Bereichen erforderlich machen:

- Gleichbehandlung / Einhaltung der steuerlichen und zollrechtlichen Vorschriften und Verfahren
- Durchsetzung des Rechts / Mangel an nachgeordneten Rechtsakten / Effizienz der Justiz
- Erteilung von Lizenzen und Genehmigungen sowie Effizienz von Verwaltungsverfahren
- Strategie und politische Maßnahmen in den Bereichen Energie, Produktion und Zugang zu Rohstoffen

- Bildungs- und Beschäftigungspolitik
- Informelle Wirtschaft / Dumping und andere Handelshemmnisse

Die Mitglieder des EIC sind täglich mit schwerwiegenden Hindernissen konfrontiert, die sich aus den oben genannten Defiziten ergeben und die einerseits die Umsetzung ihrer Geschäftspläne erschweren – und somit den Investitionen hierfür im Wege stehen – und andererseits das Land unattraktiv für neue ausländische Direktinvestitionen machen. Der EIC vertritt die Auffassung, dass diese Punkte vorrangig angegangen werden müssen. Er selbst hat bereits Folgendes zugesagt:

- die Einrichtung von Arbeitsgruppen für den Umgang mit den ermittelten Defiziten, die – gegebenenfalls mit der Hilfe von externen Sachverständigen – jeden Problembereich eingehend analysieren;
- die Ausarbeitung von Vorschlägen auf der Grundlage der Ergebnisse der Analysen der Arbeitsgruppen, wobei bei diesen Vorschlägen die finanziellen, sozialen und ökologischen Auswirkungen soweit als möglich berücksichtigt werden;
- die Offenlegung der Ergebnisse und Vorschläge im Rahmen öffentlicher Zusammenkünfte und eigens durchgeführter Veranstaltungen, damit sie allen Interessenträgern präsentiert und mit ihnen erörtert werden können;
- die enge Zusammenarbeit mit dem EU-Büro im Kosovo, damit die Vorschläge des EIC stets im Einklang mit den Grundsätzen und Richtlinien der EU stehen.

Der EIC wurde als Sprachrohr der europäischen Investoren gegründet. Sein Ziel besteht darin, die systemischen Defizite des Geschäftsumfelds zu beseitigen und die ADI zu erhöhen, damit im Gegenzug das Potenzial des Landes durch den Aufbau von Wettbewerbsfähigkeit und Kapazitäten sowohl für die Bürger als auch für Unternehmen freigesetzt werden kann.

Wir glauben, dass unser bereits bestehendes Engagement im Kosovo nicht zurückgefahren, sondern ein konstruktiver Dialog zwischen uns eingeleitet werden sollte, bei dem den Normen und den Rechtsvorschriften der EU Rechnung getragen wird, damit die im Kosovo gefassten Beschlüsse nicht nur rechtmäßig, sondern auch transparent sind.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung im Kosovo

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist eine politische Stiftung der Bundesrepublik Deutschland, die vielfältige Konferenzen, Veranstaltungen und Schulungen zur politischen Bildung anbietet. Durch unsere Programme zur politischen Bildung im In und Ausland setzen wir uns für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Think Tank und Beratungsagentur erarbeiten wir wissenschaftliche Grundlagen und aktuelle Analysen vorausschauend für politisches Handeln. Wir waren auch einige Jahre lang im Rahmen von verschiedenen Länderprogrammen in Südosteuropa tätig. 2007 haben wir unser Büro in Priština eröffnet und sind seitdem hauptsächlich in drei Bereichen im Kosovo aktiv: Der wichtigste Bereich ist die Parteienförderung. Wir arbeiten sehr eng mit den Parteien zusammen, die der Europäischen Volkspartei (EVP) angehören oder ihr angehören möchten. Wir bieten regelmäßige Schulungen und Bildungsprogramme für Politiker und Amtsträger an und versuchen, besonders junge Menschen und Frauen für die Mitarbeit bei Parteien und in der Politik zu begeistern.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt darin, den Kosovo bei seiner Annäherung an die Europäische Union zu unterstützen. Wir informieren im Rahmen von Konferenzen, Seminaren und Workshops über die Anforderungen des Integrationsprozesses, über

europäische Werte und aktuelle politische Debatten auf europäischer Ebene sowie über die EU Institutionen und die Mechanismen der Beschlussfassung in der Union.

Darüber hinaus setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung für den interethnischen und interreligiösen Dialog im Kosovo ein. Wir versuchen, die Mitglieder der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen im Rahmen von Bildungsmaßnahmen zusammenzubringen und ihnen Raum für Diskussion zu bieten, damit sie ein größeres Bewusstsein füreinander entwickeln. Außerdem möchten wir die Wahrnehmung religiöser und kultureller Unterschiede innerhalb der Bevölkerung verändern und das Bewusstsein für die Rolle und die Bedeutung von unterschiedlichen kulturellen Profilen in der demokratischen Wirklichkeit des Kosovo stärken. Durch unsere Tätigkeiten und Veröffentlichungen unterstützen wir auch den Dialog zwischen dem Kosovo und Serbien und verbreiten Informationen darüber.

Des Weiteren hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Kosovo ein kleines Projekt zum Thema Energie, Klima und Umwelt ins Leben gerufen, um im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses des Landes für eine größere Sensibilisierung für diese Belange zu sorgen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet auch Stipendien für Studierende im Kosovo an. Über diese Art der Förderung von jungen Menschen haben wir ein großes Netzwerk mit Studierenden und Alumni aufgebaut, die als engagierte Bürger an allen unseren Tätigkeiten und dem offenen Austausch von Ideen und Debatten über die Zukunft des Kosovo innerhalb Europas beteiligt werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird den Kosovo weiterhin unterstützen, denn es ist offensichtlich, dass sich das Land auf seinem Weg hin zu einer stabilen Demokratie noch immer in einer Phase des Umbruchs und der Konsolidierung befindet. Die politischen Strukturen, Verfahren und Parteien sowie das Parlament benötigen weiterhin Unterstützung, um ihre Rollen als feste Säulen der Demokratie wahrnehmen zu können. Die Rechtsstaatlichkeit und die schwache Wirtschaft des Landes müssen durch unterstützende Maßnahmen und europäisches Fachwissen weiterhin gefördert werden. Das Land hat eine Perspektive innerhalb von Europa, allerdings sind politische Reformen und tiefgreifende Bemühungen in den genannten Bereichen erforderlich, und dafür benötigt der Kosovo die Hilfe von allen Mitgliedstaaten und Kandidatenländern der EU.

Weitere Informationen über die Konrad-Adenauer-Stiftung im Kosovo sind über folgenden Link abrufbar: www.kas.de/Kosovo

Twinning – ein erfolgreiches europäisches Projekt

Das Partnerschaftsprogramm zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Bereich Asyl und Migration wurde im November 2009 ins Leben gerufen und im Februar 2012 abgeschlossen. Die dem Projekt zugewiesenen Mittel in Höhe von einer Million Euro wurden fast vollständig in Anspruch genommen. Es ist unbedingt darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um das erste Projekt zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo handelte, dessen Schwerpunkt derart stark auf Asyl und Migration generell lag und das im Besonderen auf die Vereinfachung der Umsetzung der nationalen Strategie und des Aktionsplans zur Wiedereingliederung von rückübernommenen Personen im Kosovo und die damit verbundenen Bereiche abzielte. Sämtliche Beteiligten, insbesondere Kosovo als Begünstigter und seine wichtigsten Ministerien, das Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich, das auf der Ebene der EU mit der Durchführung des Projekts betraut war, und das Büro der Europäischen Union im Kosovo, bestätigten, dass das Programm entsprechend dem Arbeitsplan und den vorgegebenen, zu verwirklichenden Maßstäben des Partnerschaftsprojekts sowie mit der guten Unterstützung und dem Engagement des

Empfängers und in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit weiteren internationalen Interessenträgern durchgeführt wurde, zu denen EULEX, der Dänische Flüchtlingsrat, der Deutsche Entwicklungsdienst (GIZ), IOM, OSZE, UNHCR, UNICEF, Mikrokreditinstitute und die für Migration zuständigen Attachés der österreichischen, belgischen, dänischen, niederländischen, finnischen, deutschen und Schweizer Botschaft gehören.

Das übergeordnete Ziel des Projekts bestand in der Angleichung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Asyl und Migration an den Besitzstand der Union und in der weiteren Stärkung der verwaltungstechnischen Kapazitäten des Ministeriums für Inneres sowie des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Kosovo für die Umsetzung dieser Politik. Der Schwerpunkt des Projekts lag insbesondere auf dem Ausbau der administrativen und rechtlichen Kapazitäten für die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik, in dessen Rahmen auch die Zusammenarbeit innerhalb sowie zwischen den einzelnen Ministerien gefördert wurde, und auf der Vorbereitung der Umsetzung des einschlägigen EU-Besitzstands. Durch die Beteiligung sämtlicher Interessenträger in den einzelnen Projektphasen wurde generell dafür gesorgt, dass die Anforderungen des Empfängers erfüllt und die gegebenen Anreize umgesetzt wurden sowie die Verantwortung der Interessenträger für das Projekt erleichtert bzw. geteilt wurde. Das Projekt wurde mit hoher Qualität, einem hohen Maß an Professionalität und entsprechenden Standards, großem Engagement und einem Höchstmaß an Flexibilität umgesetzt. Ausgesprochen kompetenten und erfahrenen hochrangigen Sachverständigen aus Österreich, dem Twinning-Partnerstaat der EU-Mitgliedstaaten, gelang es in Zusammenarbeit mit hochrangigen Fachkräften aus Finnland, Deutschland, Ungarn, Italien, Litauen, den Niederlanden und Slowenien, das Projekt innerhalb von 27,5 Monaten erfolgreich abzuschließen.

Im Laufe des Projekts entwickelten die kosovarischen Beamten, die an der Durchführung beteiligt waren, zweifellos ein hohes Maß an Interesse, Motivation, Ehrgeiz und Engagement. Nach der Anfangsphase nahm ihr Bewusstsein für die ethische Komponente des Projekts beständig zu. Ich habe alle einschlägigen Behörden Kosovos bestmöglich bei der Ermittlung und Feststellung von Mängeln und Bedürfnissen hinsichtlich einer nachhaltigen Rückübernahme- und Wiedereingliederungspolitik unterstützt, und zwar sowohl was Qualität als auch Quantität betrifft. Aufgrund des Erfolgs der im Rahmen des Twinning-Projekts mit den kosovarischen Behörden geleisteten Arbeit eröffnete die EU einen Dialog mit der Republik Kosovo über die Visaliberalisierung und leitete neue Partnerschaftsprogramme ein. Twinning stellt zweifelsohne ein erfolgreiches europäisches Projekt dar!

Johann Wagner,
Ständiger Twinning-Berater in Priština (Kosovo)
Leiter des Partnerschaftsprojekts zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo
(Rückübernahme und Asyl), November 2009 – November 2011

Korruption in Kosovo

Während unseres Studienbesuchs haben wir am meisten über dieses Thema gesprochen. Generell gilt die Korruption als ein weit verbreitetes Phänomen, das die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes untergräbt. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International steht Kosovo lediglich auf Rang 105. In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht schreibt die Kommission, die Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung der Korruption und des entsprechenden Aktionsplans zeitigten infolge unzureichender politischer Unterstützung keine wirksamen Ergebnisse.

Bezeichnenderweise war in den Äußerungen aller Spitzenpolitiker der fünf größten Parteien uns gegenüber stets nur die Rede davon, dass sie sich öffentlich für eine wirksame Bekämpfung dieses Problems einsetzen würden. Das Versagen wurde stets den anderen zugeschrieben. Die Oppositionsparteien, die jetzt selbst regieren wollen, beschuldigen die Regierungsparteien der Tatenlosigkeit oder, noch schlimmer, großer Umtriebigkeit auf dem Gebiet der Korruption. Vor allem im Bauwesen konnten erfindungsreiche Minister leicht ein nettes Zubrot verdienen. So wurde zum Beispiel eine Schnellstraße für über 1 Milliarde EUR angelegt, die in Wirklichkeit nicht mal die Hälfte kostete. Die Straße von Pristina nach Tirana war für die albanische Mehrheit von großem politischen symbolischen Wert, also durfte darüber nach Ansicht der Regierung nicht gemeckert werden. Der amerikanische Botschafter hatte den Verkehrsminister nach dessen Besuch in Washington davon überzeugt, den Auftrag an einen amerikanischen Bauunternehmer zu vergeben. Inzwischen hat dieser Botschafter in diesem Unternehmen eine Spitzenfunktion inne.

Die Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und die Wirtschaft waren offenkundig der Ansicht, dass die gesamte politische Klasse, sowohl Regierung als auch Opposition, ihre dürftigen Bezüge gerne durch inoffizielle Tätigkeiten aufbessert. Der Vorsitzende des Rates für Auslandsinvestitionen, ein erfolgreicher griechischer Ölhändler, erzählte uns, dass er sich nie an Vergabeverfahren beteilige, weil diese immer mit Korruption einhergingen. Er halte seinen Betrieb von Korruption fern und könne im Kosovo dennoch große geschäftliche Erfolge verbuchen. Auf meine Frage, wie er dies bewerkstellige, antwortete er, er könne seine Kunden mit rein geschäftlichen Argumenten überzeugen. Worte, nicht Geld seien ausschlaggebend.

Vom amtlicher Seite wurde uns ebenfalls mitgeteilt, dass die Bekämpfung der Korruption beim Aufbau des Rechtsstaates höchste Priorität habe. Dennoch betonten die Beamten, die Korruption sei im gesamten Balkan kulturell verankert und daher kein spezifisch kosovarisches Problem. Auch sei es schwer, die Korruption auszurotten in einem armen Land, in dem viele Gesetze noch nicht umgesetzt worden seien, und in dem der Justizapparat unter der Leitung von EULEX sich noch im Aufbau befinde.

Eine kleinere Delegation führte auch ein Gespräch mit den Spitzenpolitikern der Partei Selbstbestimmung (Vetevendosje), einer stark nationalistisch geprägten albanischen Partei. Einer von ihnen war der Bürgermeister von Pristina. Er zeigte sich als unerschrockener Kämpfer gegen Korruption. Seine Sicherheit ist gefährdet. Die britische Zeitung „The Guardian“ hatte ihn als den „tapfersten Bürgermeister der Welt“ bezeichnet. Seine Partei setzt sich für den Anschluss von Kosovo an Albanien ein und möchte ein Referendum darüber abhalten. Unter dem Gesichtspunkt der Korruption betrachtet, würde dies Kosovo wenig nutzen. Albanien steht auf dem genannten Korruptionsindex noch schlechter da als Kosovo! (116).

Kosovo hat noch einen weiten Weg vor sich, bevor das Land Mitglied der Europäischen Union werden kann. Wenn dieses Land sein Ziel erreichen will, wird es vor allem die durch Korruption bedingten Hindernisse (road block) aus dem Weg räumen müssen. Ein tapferer Bürgermeister ist jedoch bei Weitem nicht genug. Die gesamte politische Klasse muss sich den Spiegel vorhalten.

Bob van den BOS
ALDE (1999-2004)

EULEX Korruptionssumpf in Kosovo, aber neue Koalition steht!

Ausgerechnet die europäische Rechtsstaatsmission EULEX, die grösste Auslandsmission der Europäischen Union überhaupt mit etwa 1 600 Polizeibeamten, Richtern, Staatsanwälten und

Demokratie-Experten aus nahezu allen EU-Ländern, aber auch darüber hinaus z.B. aus Kanada, steckt tief in einem Korruptionsskandal, der schon seit 2012 intern bekannt sein soll,

aber jetzt erst durch eine Veröffentlichung der in Pristina erscheinenden Tageszeitung Koha Ditore öffentlich wurde. Wenige Tage nach der Rückkehr der

FMA-Studienreisegruppe berichtete das Blatt über die Bestechung mehrerer hochrangiger EULEX-Beamter durch Kosovarische Politiker. Im Gegenzug liess man von Strafverfolgung bedrohte Politiker laufen oder stellte Verfahren ein. Allein der frühere Vorsitzende des EULEX Richterorgans soll 350 000 Euro kassiert haben!

Die zunächst damit befasste britische Staatsanwältin Maria Bamieh wurde vom Dienst suspendiert. Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments denkt über einen Untersuchungsausschuss nach, da die befragten EULEX-Repräsentanten wenig gesprächsbereit waren. Die Beauftragte für Aussen- und Sicherheitspolitik Federica

Mogherini hat umgehend den renommierten französischen Rechtswissenschaftler Jean-Paul Jacque mit der externen Prüfung beauftragt. Bereits in vier Monaten sollen Ergebnisse vorliegen. Schlimmer hätte es für das Ansehen der EU auf dem Balkan kaum kommen können. FMA unterstützt die Anstrengungen von Ms Mogherini ebenso wie den Aufklärungswillen des Europäischen Parlamentes nachdrücklich. Es geht um unser aller Glaubwürdigkeit!

Karin JUNKER
PSE (1989-2004)